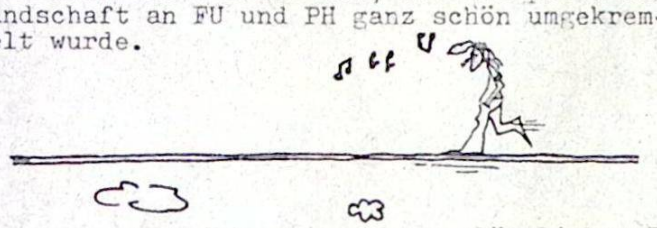
INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 112

5.7.76 WÖCHENTLICH 3. JHG. DM 0.50

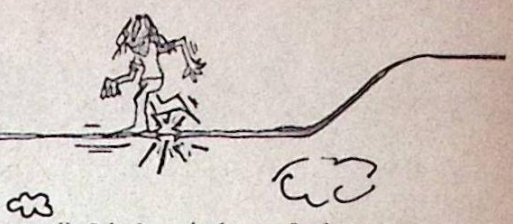
200 JAHRE U.S.A.

Vorbemerkung: Da ich es nicht für sinnvoll halte, so eine aus einer Augenblicksituation entstandene Rede zu überarbeiten, werde ich versuchen, in einer Art Vorbemerkung unsere Entscheidung auf der VV der FU vom 24. 6. in einen Zusammenhang zu bringen.
Für die Genossen, die von unserer USTA- Idee (unabhängiger Studentenausschuß) noch nichts gehört haben, möchte ich auf die "Radikal"Nr.1 verweisen, in der der USTA überblickartig dargestellt wird.
Ruft man sich die Ereignisse an FU und PH der vorletzten Woche ins Gedächtnis zurück:
- VV der FU beschließt den USTA aufzubauen
- Die Initiativen bzw. die Undogmatischen/ Unorganisierten Listen schneiden mit 18 von 67 möglichen FBR -Sitzen auf Anhieb unheimlich gut ab.Überall wo kandidiert wurde, mit Ausnahme der Wirtschaftswissenschaften, konnten mindestens 20% maximal weit über 50% der Stimmen gewonnen werden.
- An der PH gewann die Laus (Liste aktiver unorganisierter Studenten) auf Anhieb 42,6% der Stimmen und übernimmt den ASTA.

so können wir feststellen, daß die politische Landschaft an FU und PH ganz schön umgekrempelt wurde.



Was sind die Gründe für unsere plötzlichen Erfolge?
Zuerst zur Situation an der FU:
Ich glaube, wir waren selbst überrascht, daß wir in der Lage waren, am Montag (21. 6.) aus der KHG- Präsidentenwahlveranstaltung eine spontane Vollversammlung mit über tausend Teilnehmern zu machen. Wobei die Veranstaltung sicherlich sehr wichtig für die dann am Donnerstag fällige USTA- Entscheidung war. Diese Montagsveranstaltung, auf der wir die KHG beauftragten, bei den am nächsten Tag stattfindenden Unipräsidentenwahlen an der FU ihre drei Stimmen für den liberalen Kandidaten Lämmert abzugeben, hatte folgende Merkmale:
Seit langem war es wieder das erste Mal, daß die gesamte Veranstaltung von sehr lebendiger, sehr emotionaler Stimmung war. Die oft bei VVs vorhandene Vorlesungsstimmung war absolut verschwunden. Wichtig war weiterhin, daß die KHG unseren Argumenten, auch für den letzten erkennbar, absolut nichts entgegen zu bringen hatte.Das wurde nachher auch im Abstimmungsergebnis deutlich: Es stimmten keine 100 Anwesende für den Vorschlag der KHG.
Diese schon am Montag erfahrbare Tendenz, daß auch die KHG als letzte maoistische Gruppe den Weg zur bedeutungslosen, realitätsfernen Sekte angetreten hat, wurde dann bei der Präsidentenwahl zur absoluten Gewissheit, als die KHG sich trotz imperativem Mandat der Stimme enthielt und somit die gesamte Bewegung verarschte.
Der gesamte parteipolitische Sumpf hatte sich damit wieder einmal selbst entlarvt. Das war wohl ein wesentlicher Faktor für die auf der USTA VV stark vorhandene Ablehnung der Organisationen.
Bei der USTA Entscheidung selbst wurde überdeutlich, daß die traditionellen Grüppchen der USTA-Idee wirklich nichts entgegen zu setzten haben. Die abstrakte Forderung nach einem ASTA, ohne daß Handlungsstrategien zur Durchsetzung angegeben werden konnten, wurde oft nur noch mit Hohn quittiert. Auch die geschickte Demagogie der ADS, sie hatten die letzten Karteileichen mobilisiert, nämlich sich auf den Punkt Entprivilegierung zu konzentrieren, obwohl wir ihn in der Form gar nicht mehr vertreten, konnte die Hilflosigkeit der Organisationen (GIM und KB ausgenommen, die ja bekannterweise für den USTA sind) nicht mehr verbergen.



Neben dem Gesichtspunkt, daß wir überzeugen konnten auch an Hand der eigenen Praxis der Initiativen und des Aktionskomitees, spielen zwei Momente besonders auch für den Wahlerfolg der Initiativen eine wichtige Rolle:
1. noch nie war die Linke so unzufrieden mit der Linken. Unsere politische Sprach- und Hilflosigkeit ist für jeden überdeutlich, ebenso wie oben schon beschrieben das Ende der Grüppchen und Parteien. Die Voten für uns hatten daher auch ein wenig den Charakter von Protestvoten, gepaart mit einer vielleicht sogar übertriebenen Erwartungshaltung uns und der USTA- Idee gegenüber.
D. h. aber für uns, daß wir diese ganzen Erwartungshaltungen von uns selbst und einer Art passiven linken Mehrheit noch einlösen müssen, was unter anderem bedeuten müßte, um nicht zu Wahlvereinen zu verkommen, daß wir Fachbereichsspezifisch überlegen müssen, wie wir diese linke Wählerschaft in Diskussionen und Aktionen integrieren.
Dazu nur ein Beispiel: Das SAK- jur konnte seinen Stimmenanteil weiter steigern. Es hat mittlerweile gut 350 Wähler. Es kommen aber nur ca.25-30 Genoss(inn)en auf das SAK-Plenum. Würde es uns gelingen, nur die Hälfte unserer Wähler sporadisch zu Aktionen zu bewegen, wären wir eigentlich in der Lage, die juristische Fakultät auf den Kopf zu stellen.
Noch eine kurze Bemerkung zum Wahlsieg der LAUS. (Es wäre dufte, wenn die LAUS selbst ihren Wahlsieg in einem Artikel einschätzen würde.)
Dieser Wahlsieg scheint mir noch viel mehr Ergebnis einer Protesthaltung zu sein, als oben bei der FU angedeutet wurde. Das Verhalten der ADS, die vorher den ASTA stellten, war bei dem Streik und den VVs an der PH dermaßen entlarvend, daß auch den ADS- Sympathisanten größtenteils der Kragen platzte. Ziemlich alle hatten auf die ADS einen irrsinnigen Frust. Da KHG und KSV unter den linken Studenten nicht mehr als Alternative

zu den Revis angesehen werden, konnte man seine Unzufriedenheit und seine Erwartungen nur noch in einer Stimmabgabe für die LAUS ausdrücken. Zusätzlich betrieb die LAUS in ihren Reden und Veröffentlichungen eine geschickte Abgrenzungspolitik, so auch in ihrer Wahlplattform, in der aber sonst halt nicht viel drin steht. Dufte Arbeit in den Wahlfachaktiven und beim Streik kam dann noch dazu.

vormerken + vorbereiten !!!!

Um diesen Erwartungshaltungen entsprechen zu können, scheint es mir sinnvoll, daß wir gemeinsam Anfang Oktober ein undogmatisches Hochschultreffen veranstalten, wo möglichst alle Gruppen von allen Hochschulen teilnehmen sollten. Wenn so ein Treffen, nach dezentraler Diskussion und Vorbereitung, inhaltlich gut strukturiert werden könnte, könnten wir sicherlich eine Diskussionsebene schaffen, die uns helfen würde, die starke Ungleichzeitigkeit der Bewegung an den einzelnen Hochschulen zu überwinden.

USTA

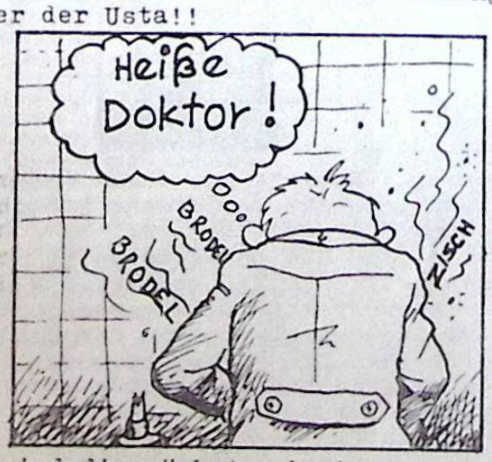
Rede zur UNI-VV 24.6.76

Ohne hier übertreiben zu wollen,stehen heute vor einer wichtigen Entscheidung ber zukünftige Hochschulpolitik.Diese Entscheidung wird für die Unorganisierten von besonderer Bedeutung sein.
Diese Entscheidung heute zu fällen ist richtig. Sie bedeutet für das Usta-Konzept,daß wir heute gemäß unserem Stand der Diskussion einen Ent= scheidungsprozeß einleiten,der es uns er= möglicht,das bisher erarbeitete,konsensfähig auch wirklich festzuhalten.Der Stand der Diskussion wurde in dem Beitrag der Programm- kommission bereits umrissen.Er läßt folgende Schlüsse zu:es besteht noch zuviel Dissens, es gibt noch zuviele programatische und organisatorische Löcher,als daß wir heute zu einer Usta-Gründung schreiten könnten.Aber ebenso würden wir uns weit unter Wert schlagen, wenn wir unsere,ein ganzes Semester lang ge= führte Disskussion nicht zusammenfassen und in praktische Konsequenzen münden lassen würden.Es ist breitester Konsens in den Ini= tiativen,daß der Usta unsere Perspektive ist, daß der Usta der einzig gangbare Weg zur Konsolidierung studentischer Politik hier an der FU ist.Daher wollen wir auch heute die Weichen für einen Usta stellen;durch diese Weichen eine Verbindlivhkeit für eine Weiter = arbeit schaffen,die so Dynamik erzeugt,daß wir Mitte November zu einer Usta-Gründung unter breitestem Konsens kommen.
Zunächst noch einmal einen Satz zur Usta-Asta-Frage.Diese Frage ist,wie von uns schon oft betont,eine Scheinkontroverse.Diese abstrakte Forderung nach einem Asta klingt zwar sehr schön,ist aber völlig schwachsinnig, solange man nichts angeben kann,wie man eine solche Forderung durchsetzen will.Um so eine Forderung durchsetzen zu können,muß studenti= sche Politik überhaupt wieder erst zu einem Machtfaktor werden.Erst dann stellt sich die Frage nach einer rechtlich verankerten Studentenvertretung konkret.Heute können wir nur Bedingungen für eine solche gesetzliche Studentenvertretung angeben.Diese lauten: Satzungs- und Finanzhoheit,politisches und imperatives Mandat,sowie rätedemokratischer Aufbau.
Um aber wider zu einem Machtfaktor zu werden, brauchen wir Studenten konkrete Handlungs= strategien,die uns hier und heute unsere Interessen wirklich organisieren lassen.
Dazu ist aber der Usta unseres Erachtens der einzig relevante Vorschlag.
Der Vorschlag der ADS mit ihrem Aktionsbünd= niss ist alles andere,nur kein Vorschlag zur Schaffung einer zentralen Studentenschaft.
So ein Aktionsbündnis ist abstrakt richtig und dann politisch relevant,wenn eine zentrale Studentenvertretung besteht,die dort manifest studentische Interessen einbringen kann.
Ohne diese Voraussetzung ist so ein Aktions= bündnis nichts anderes als ein Wolkenkuckuks= heim!
KHG und KSV schlagen einen Asta vor.Der erste Schritt dazu soll ein Satzungskonvent sein, der aus den Gremienvertretern zusammengesetzt werden soll.1. ist ein solcher Satzungskonvent garkein strategischer Ansatz zur Reorganisation studentischer Interessen.Die Durchsetzbarkeit hängt absolut in der Luft!!!2.So ein Satzungs= konvent ist nichts anderes alsein beschissenes Mauschelgremium.Wobei wir wirklich wissen, was bei der KHG imperatives Mandat heißt.Die Vorfälle bei den Präsidentenwahlen haben ja gezeigt,daß denen ein Votum der Basis keinen Pfifferling wert ist.
Der SHB nun schlägt einen Asta e.v. vor.Der Ansatz des Asta e.v. ist in gewisser Weise sehr ähnlich dem des Usta;mit einem gravier= enden Unterschied:hier ist wie beim Satzungs= konvent die studentische Basis verloren ge= gangen.Es gibt keine Aktivierungsmöglichkeiten für unorganisierte Studentinnen und Studenten. Es soll wieder alles an die Organisationen deligiert werden.Satzungskonvent und Asta e.v. sind demnach zwei abgehobene Gremien,die ohne jegliche Basis konsequenter Weise völlig irrelevant wären.
Die Idee des Usta ist nicht,wie in den vergan= enen Wochen von verschiedener Seite denun= ziatorisch behauptet wurde,der Spleen von ein paar Assistenten,sondern Ergebnis,Destilat unserer Erfahrungen und unserer Probleme aus dem Aktionskomitee gegen Berufsverbote.und den Initiativen.Der Usta ist der Versuch, positive Ansätze aus dem letzten Jahr fest= zuschreiben,er ist der Versuch,auf Probleme, die sich in der Arbeit der Initiativen mani= festierten,konkrete Lösungsmöglichkeiten anzu= geben.
Es ist mittlerweile überfällig unsere immer wider zutage tretende politische Handlungs= unfähigkeit - die Präsidentenwahlen waren wieder ein trauriges Beispiel dafür - wenigs= tens tendentiell aufzuheben.Das können wir aber nur,indem wir unter uns eine permanente politische Massendiskussion um hochschul= politische Programatik,um die gesellschaftliche Funktion unserer späteren Berufe und um un= sere Stellung als Studenten beginnen.Und genau in diesem Rahmen hat das Programm,bzw.die Auseinandersetzungen um das Programm des Usta seine Funktion.Die Funktion des Programms ist nicht,daß man es sozusagen untreschreiben muß, wie die Eintrittserklärung in einen Schützen= verein - niemand soll darauf formal festge= legt werden in den Sinne:"bist du dafür,bist du dagegen".Das Programm hat sozusagen die Aufgabe einer inhaltlichen Klammer,eine Art 'Reibungsfläche',die zu einer Kontinuität von Theoriefindung und damit auch konkreter

Praxis führen soll.Es gehr uns damit darum, die ziemlich weitgehende politische Sprachlosig= keit hier an der Universität wieder aufzuheben. Dabei hat nun gerade die hochschulpolitische Geschichte der letzten Jahre gezeigt,daß das traditionelle Konkurrenzprinzip verschieden= ster Programme und Organisationen der denkbar schlechteste Weg ist.Das Bekennertum zu solchen parteipolitischen Programmen und die daraus resultierende Scheinidentität war völlig unfähig breite Politisierungs= prozesse in Gang zu setzen.Im Gegenteil, dieser Grabenkampf der traditionellen Or= ganisationen,da auch nur zu oft bar jeglicher politischer Realität,hat wesentlich zur Resignation und Desorientierung beigetragen. Wir wollen jedoch keine weitere Zersplitterung, sondern endlich Integration der hochschul= politischen Linken.

Ein nächster äußerst wichtiger Punkt ist das Verhältnis von Organisationen und Unorganisierten.Es ist unseres Erachtens absolut perspektivlos,all die Erfahrungen und Ansätze der letzten 1 1/2 Jahre zu negieren. Diese Negation ist aber das gemeinsame aller Vorschläge,die hier auf dem Tisch liegen, außer dem des Usta.All diese Alternativen bedeuten das Zurückschrauben des Status Quo auf die Situation vor der Gründung des Aktionskomoitees.Das Heißt,die Organisationen

wollen wieder eine Monopolisierung der politischen Bildungsprozesse zu ihren Gunsten. Das so erfolgreiche und notwendige Verhälnis zwischen Unorganisierten und Organisationen, wie es gerade in den Initiativen zu Tage getreten ist,wäre absolut weg vom Fenster. Der passive Massenstatus wäre für uns alle wieder eingeführt!!
Unsere Perspektive muß daher heißen:
Zusammenschluß von Unorganisierten und Organisationen,im Sinne von gemeinsamer Integration
Zusammenschluß - Reorganisierung kann nur erfolgen,wenn er nicht nur formal,sondern auf Grund eines inhaltlichen Konsenses erfolgt.
Aufbau einer zentralen Studentenvertretung kann im Hinblick auf unsere Erfahrung nur heißen: Zentralität nur mit direkter Kontrolle der Basis,daher rätedemokratischer Aufbau!!!
Das alles ist aber nur im Usta erhalten.Alle anderen Vorschläge - man muß das einmal ganz hart sagen - drehen uns das Licht wieder aus! Wir hingegen wollen unsere Probleme,wie Studienbedingungen,wie Akademikerarbeitslosigkeit,wie die Probleme zukünftiger Berufspraxis,nicht einfach auf den 'Sankt Nimmerleinstag' verschieben.Wir wollen hier und heute auf solidarische Weise damit anfangen!!
Daher der Usta!!



Was sind die nächsten konkreten Aufgaben?
1)Die Arbeit an dem vorliegenden Programm muß intensiv weitergeführt werden.Für wichtige Fragen,so die Akademikerarbeitslosigkeit, müssen die Strategieansätze unbedingt weiterentwickelt werden.
2)das kommende Wintersemester muß sehr viel besser vorbereitet werden,als wir das Sommersemester vorbereitet haben.Es muß ein Aktionsplan erstellt werden.
3)ein Organisationsausschuß muß organisatorische Strukturen entwickeln,sodaß der Usta bis Mitte November gegründet werden kann.
So ist zu 1) eine Programmkommission zu bilden, die die Aufgabe hat,auf der Grundlage der vorliegenden Programmentwürfe ein abstimmungsreifes Usta-Programm zu entwerfen.Diese ist bis Mitte November auf einer Vollversammlung vorzulegen.
zu 2):es muß für die politischen Aktivitäten des Wintersemesters eingerichtet werden.Sie soll Aktivitäten für das Wintersemester vorbereiten.Dazu gehören Aktivitäten zur Tutorenfrage,zur Studiensituatuion,Erstsemesterveranstaltungen,Verahstaltungen zum Problem der Arbeitslosigkeit,Aktivitäten zur Unterstützung der anderen Dienstkräfte usw.Dieser Ausschuß soll die Prioritäten festsetzen,einen Semesterplan ausarbeiten und alternative Vorschläge entscheidungsreif machen.

zu 3):der Organisationsausschuß hat die Aufgabe, die Arbeitsergebnisse beider Gruppen zu koordinieren.Er soll den Aufbau eines organisatorischen Apparates beginnen(Büro- und Tagungsräume sowie die Frage der Finanzierung). Er hat auf der VV Mitte November einen Rechenschaftsbericht abzugeben.
Kommilitonen laßt uns heute gemeinsam die Weiche[illegible] einen Usta stellen!!Nur in gemeinsamer Arbeit.Nur in gemeinsamer Arbeit schaffen wir es den Usta Mitte November zu gründem.Fordern wir die Organisationen auf,sich an dem Aufbau des Usta zu beteiligen!!

antrag zur uni-vv am 24.6.76
antragsteller: uni-ausschuß der fachbereichsinitiativen

die uni-vv möge beschließen:
die erfahrungen und diskussionen haben gezeigt, daß die notwendigkeit einer zentralen studentenvertretung außer frage steht. aber die versammelten studentinnen und studenten der fu wollen dies nicht nur proklamieren, sondern heute schon weichen dafür stellen und konkrete schritte angeben.
die uni-vv hält die bisherige vorarbeit und perspektive für einen unabhängigen studentenausschuß (USTA) für die geeignete grundlage, diesem ziel näherzukommen, insbesondere, da die perspektive des USTA , einen ASTA (unter den anzugebenden Bedingungen) zu fordern, mit einschließt.
deshalb beschließt die vv folgende arbeitsschritte:
1. die vv legitimiert die einrichtung einer USTA programmkommission. diese hat die aufgabe, entlang der themenbereiche der ersten beiden programmentwürfe ein entscheidungsreifes programm bzw. alternative entwürfe vorzulegen, damit die politische grundlage für eine USTA-gründung gegeben ist. außerdem soll die kommission einen forderungskatalog erarbeiten, die dem neuen fu-präsidenten als konkret erfüllbare forderungen der studentenschaft vorgelegt werden sollen.

2. die vv legitimiert die einrichtung einer kommission für politische aktivitäten im wintersemester 1976/77.
diese hat die aufgabe, zu studienfragen, zur tutorenfrage und zur situation der anderen funktionalen gruppen der fu, zur akademischen arbeitslosigsigkeit und berufspraxis einen semesterplan auszuarbeiten, aktionen und veranstaltungen vorzubereiten, prioritäten festzusetzen und alternative vorschläge entscheidungsfähig zu machen.

3. der auftrag der uni-vv für diese beiden kommissionen beinhaltet, daß sie ihre ergebnisse auf der nächsten uni-vv (spätestens im november 76) zur abstimmung stellen.
die uni-vv fordert die fachbereichsinitiativen und politischen organisationen auf, mindestens je einen vertreter in die kommissionen zu entsenden, damit die arbeit bis november gesichert ist.

4. zur koordinierung der arbeit, zur schaffung organisatorischer voraussetzungen (räume, finanzen usw.) und zur vorbereitung von dienstleistungen (broschüren, beratung, fest usw.) wählen diese beiden kommissionen einen organisationsausschuß.

5. alle studentinnen und studenten, besonders auch die organisationen sind aufgefordert, an der realisierung der angegebnen schritte konstruktiv m mitzuarbeiten, damit im nächsten semester die gründung des USTA auf breiter und gemeinsamer grundlage stattfindet.

TERMINE der KOMMISSIONEN:

Programm kommission: jeweils
DIENSTAG 18°°, ESG Carmerstr.
Kommissionen für polit. Aktivitäten
jeweils DONNERSTAG 18°° ESG

WAHLERGEBNISSE

einige wahlergebnisse von den FBR-wahlen an der FU:
[illegible]: Initiativ-Liste 23o stimmen, 2 sitze
Jusos 13o stimmen (-3o), 1 sitz, ADS/SHB 1oo stimmen (-2o), KSV 22 stimmen, KHG 55 stimmen (hatten im vorjahr zusammen kandidiert und 17o stimmen bekommen, d.h.-98).
germanisten: institutsgruppe 43o stimmen, 2 sitze, ADS 313 stimmen, 1 sitz, KSV 155 stimmen,
biologen: aktionsrat 141 stimmen, 1 sitz, ADS 157 stimmen, 1 sitz (vorjahr 2), kritische biologen 117 stimmen, 1 sitz, KSV 16 stimmen.
chemiker: institutsgruppe 36 stimmen, ADS 136 stimmen, 2 sitze, SHB 64 stimmen, 1 sitz, reformgruppe 46 stimmen.
pharmazeuten: initiativgruppe 15o stimmen 2 sitze, liste neue alternative 13o stimmen, 1 sitz (vorjahr 3).
juristen: SAK-jur 352 stimmen (+15o), 1 sitz, jusos 516 stimmen (+136), 1 sitz, ADS 181 stimmen (≠ 1o), reformgruppe 567 stimmen (+135), KSV 34 stimmen (-4), KHG 28 stimmen (+8).
(nach kvz vom 1.7.)

KOMMENTAR ZUM ARTIKEL :: 200 JAHRE USA :: IM INFO 110, S. 15

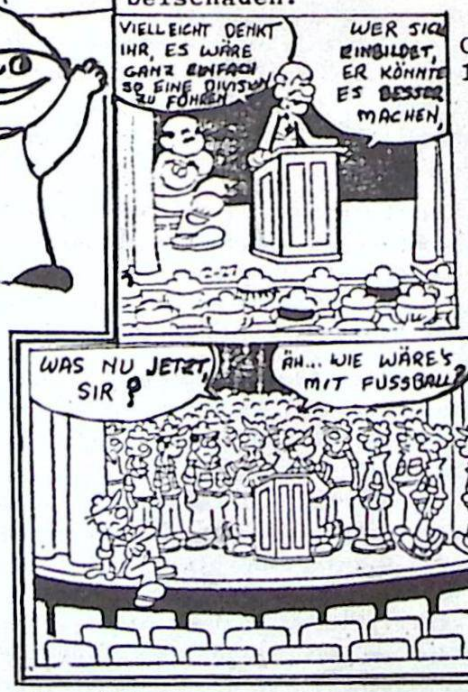
Der artikel ist im so einen stil geschrieben, daß wir uns wundern wieso er überhaupt im INFO kommt. Ihr seid an dem punkt echt zu kritisieren. Ein spruch über die u.s. armee wie "schiessend, mordend sind sie einst in unser land eingefallen" gehört am ehesten zu der npd-ideologie; als ob die heldenhaften nazi-faschisten von den amis überfallen wurden. Oder der satz "the best ami in the army is the dead one" — direkt von der rassisten kiste geholt und auch schon gegen schwarzen, indianer, und vietnamesen gebracht.

Wer ist die "bewegung radikaler humanisten", die solche merkwürdigen sprüche klopft? Die stoßrichtung ihrer strategie ignoriert die gegensätze innerhalb der armee (soldaten/offiziere z.B.). Es wäre als ob man itt bekämpft in dem man die arbeiter bei schaublorenz angreift.

Es geht uns vielmehr darum, soldaten (die zum immer größeren teil aus der arbeitslosen schlange rekrutiert werden) in ihrem kampf gegen entrechtung und unterdrückung innerhalb der armee zu unterstützen, und gleichzeitig ihnen die politik und ziele der machthaber klarzulegen. Soldaten zu isolieren verhindert nicht nur diese vermittlung, sondern macht es nur leichter für die befehlshaber, ihren auftrag zu erfüllen und soldaten gegen eine unbekannte berliner bevölkerung einzusetzen.

Den meisten u.s.-soldaten ist schon nach den ersten monaten in berlin klar, daß sie hier nichts schützen und eigentlich gar nicht hier sein sollen oder wollen. Und gerade auf der basis wäre kontakt zu kritischen linken in der bevölkerung wichtig um diesen erkenntnisprozeß weiter zu entwickeln. Wer ähnlicher meinung ist, sollte bei uns mal vorbeischauen.

FORWARD/
G.I. COUNSELLING CENTER
1-62, Herbertstr.6



Die neue FUZZY (frankfurter Uni-zeitung) gibts in der COMMUNE

Neue Bücher:
Für Griechenland-Fahrer gibts jetzt jede Menge Tips für 9.80 DM in den Buchladen-Kollektiven.
Für Leute, die mehr über die Polizei wissen wollen: "Der bürgerliche Friede ist bewaffneter Friede", gibts für billige 6 DM

SCHWEDEN UR LAUB

wer hat lust, im juli (vw) nach schweden zum alternativzeltlager zu fahren. soll sich melden bei: h. dieter, tel.: 623 16 18 zu jeder uhrzeit öfter versuchen!

Große Fete im Spectrum

Spectrum
1 bln 62
koburger str. 14
tel. 7 81 64 20

macht ab 11.7. Sommerferien!
aus diesem Anlaß machen wir
am Samstag, 10. Juli, 20.00

eine Fete mit:
Musik, Bouletten, Salaten, Bier, Wein und einer Tombola!
Viele Sachen sind zu gewinnen: Bücher, Freibier, 1 Fernseher, Autoradios, usw. ALLE Einnahmen kriegen rb und Knastgruppen

BEKANNTMACHUNG

Der Beauftragte für Staatsschutz

Die Regierung weiß, daß wegen der wirtschaftlichen Entwicklung Unruhe in der Bevölkerung herrscht. Die Regierung versichert, auch sie ist beunruhigt.

Wir meinen aber, es reicht aus, daß alle in Sorge sind. Es dient nicht dem Ganzen und dem Gemeinschaftsfrieden in unserem Staat, wenn diese Besorgnis auch noch in Wort, Schrift und Bild verbreitet wird.

Weil wir, wie Innenminister Maihofer im Bundestag schon sagte: "Mit dem Schlimmsten rechnen, das Äußerste dagegen unternehmen", haben wir das Gesetz zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens beschlossen:

Danach kann jeder bestraft werden, der durch Wort, Schrift oder Bild das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung untergräbt und jeder, der dazu aufruft, oder es auch nur befürwortet, daß andere Bürger Maßnahmen zur Gegenwehr organisieren (z.B.: Streiks, Hausbesetzungen, Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen, Aktionen gegen geplante Kernkraftwerke ...).

Auch eine in Wort, Bild oder Schrift geäußerte Verärgerung oder gar Empörung über Polizeiübergriffe gegen solche Störer unseres Gemeinschaftsfriedens kann dann endlich in unserem Interesse verfolgt werden.

Wie der Beauftragte nun aus subversiver, aber für gewöhnlich außergewöhnlich gut unterrichteter Quelle erfuhr, soll im sogenannten Focus verlag in Giessen ein Buch zu diesen Gesetzen erschienen sein. Dieses Buch soll Beiträge von bekannt unverbesserlichen Individuen (wie A. Azzola, H. Brandt, S. Cobler, E. Fried, H.H. Heldmann u.a.) mit schändlichen Illustrationen und gefährlichen Informationen und Tips vereinen.

In Berlin und Frankfurt gelang es dem Amt des Beauftragten für Staatsschutz nach langen Recherchen einige Verbreiter dieser Schundliteratur namhaft zu machen; sie seien hier öffentlich angeprangert:
Berlin: Das Politische Buch/Buchhandlung Commune/Buchladenkollektiv TU
Frankfurt: Karl Marx Buchhandlung/ Buchladen Vlg. 2000

Ein besonderer Fang gelang dem "Unterbeauftragten für den Schutz der deutschen Provinz". Er hatte mit einem Testkauf des Buches per Post einen mehr als vollen Erfolg. Nicht nur erhielt er für 8.00 DM das genannte ominöse Buch (inclusive Porto), ein Verzeichnis von mehr als 500 sogenannten linken Büchern wird bei der weiteren Arbeit des Beauftragten hervorragende Dienste leisten. Dieses Verzeichnis - aufgemacht als Versandkatalog - wird vom Beauftragten an dieser Stelle eindeutig und unwiderruflich als staatsabträglich eingestuft. Schon schriftlicher Kontakt mit dem Verbreiter von Buch und Verzeichnis, dem sogenannten PROLIT-Buchvertrieb, Giessen, Postfach2969 kann Konsequenzen für die Kontaktinfizierten haben.

Es wird nach- und ausdrücklich gewarnt!

Im Auftrag gez. B. Nake

Der Beauftragte für Staatsschutz

TODESSTRAFE in IRLAND

Drei Anarchisten waren seit beträchtlicher Zeit im Curragh-Militärgefängnis. Desmond Keane, Columba Longmore und Robert Cullen wurden zu 5,4 und 7 Jahre verknackt. NOEL MURRAY, ein anderer Angeklagter in dem selben Fall, wurde gegen Kaution freigelassen während seine Frau, MARIE McPHILIPS-MURRAY 2 Jahre auf Bewährung bekam.

Unter anderem wurden diese Genossen beschuldigt, die spanische Botschaft in Dublin in die Luft gejagt zu haben.

Nur einige Zeit nach diesen Urteilen begann eine schon lang erwartete Repressionskampagne gegen Libertäre und Sympatisanten in Irland.

Am 11. September 1975 wurde ein Polizist nach einem Bankraub in Nord-Dublin, bei dem 7000 £ enteignet wurden, erschossen. Weil die Bullen mit ihren Ermittlungen nicht weiterkamen, wendeten sie sich "dem Geiste des Anarchismus" zu und überfielen am 25. September früh morgens die Wohnungen aller ihnen bekannten Anarchisten in Dublin. Die Razzien wurden nicht nur gegen bekannte Anarchisten geführt sondern auch gegen Freunde und Verwandte von Anarchisten die im Knast sitzen. Die Nachsichtigkeit dieser Aktion zeigt sich an der Festnahme von Mutter, Schwester und Bruder eines im Curragh-Knast einsitzenden Genossen. Sie wurden 4 Stunden lang "vernört".

Ein Genosse der Knastarbeit macht wurde zu der Raheny Police Station gebracht, wo er dermaßen zusammengeschlagen wurde, daß er anschließend im Krankenhaus behandelt werden mußte. Ein anderer Genosse hatte nach seinem "Verhör" einige Rippen gebrochen. Warum? Die Bullen hofften, daß die Gefangenen dann "beichten" würden, wer für den Tod des Polizisten Verantwortlich sei.

Der "Evening Herald"(Tageszeitung) erschien mit Überschriften, daß der Polizist von Anarchisten erschossen worden wäre. Zu diesem Zeitpunkt wußten die Bullen aber rein garnichts über die Identität der gesuchten Person(en) - lediglich, wie es scheint, in welcher politischen Ecke zu suchen war. Es ging dann damit weiter, daß man die Inhaftierten Genossen mit der gesuchten Person in Verbindung brachte, um somit so 'ne Art "Krimineller Vereinigung" zu schaffen. Ein Kopfgeld von 20000 £ wurde, für Informationen, die zur Verurteilung der "Verantwortlichen Person" führen, ausgesetzt.

"Kriminelle Vereinigung"(guilt by association), damit konnte nur Noel Murray gemeint sein. Und es gibt 'ne Menge Leute, die schworen, daß er derjenige ist, auf den das Kopfgeld ausgesetzt ist.

In den vorherigen acht Monaten wurden Noel und Marie immer mehr zu einem Dorn im Auge des Establishments und die Bullen gingen mit dem größten Vergnügen daran, die beiden als "libertäre Bonny and Clyde" zu beschuldigen.

Am 9. Oktober, als Noel und Marie nach Hause kamen, stellte sich ein bewaffneter Bulle ihnen in den Weg, hielt ihnen eine MP vor die Nase und brüllte: "Du bist tot, Murray!" Ihr Haus war während ihrer Abwesenheit von 40 bewaffneten Bullen umstellt worden - Noel und Marie wurden abgeführt. Als beide verhaftet waren, machten sich die Bullen daran, einen anderen Genossen namens RONAN STENSON zu verhaften. Er war früher schon einmal im Knast, mußte aber wieder rausgelassen werden. Seine Tätigkeit? Er setzte sich schon seit langer Zeit aktiv für die Rechte der Gefangenen ein und war ein Mitglied der Prisoners Rights Organisation (PRO), die ein großes Hindernis für die irische Regierung wurde, weil sie beständig die Bedingungen in den Knästen aufdeckte. Es ist wohl mehr als nur ein "dummer Zufall", daß nur zwei Tage vor seiner Verhaftung ein Bild in einer nationalen Tageszeitung (The Irish Times) auftauchte, auf dem er (Ronan Stenson) dem Ministerpräsidenten Cosgrave PRO-Material überreicht.

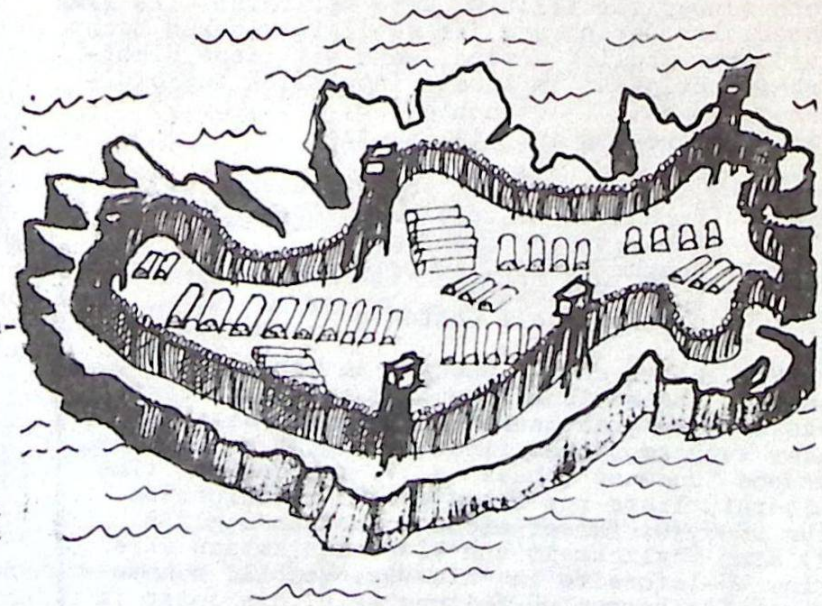
Die drei Genossen wurden in verschiedene Polizei-Stationen gebracht, 30 Stunden lang geschlagen ("verhört") und dann gezwungen, Erklärungen zu unterschreiben, die ihnen von den Bullen diktiert worden wären. Ihre Anwälte forderten eine unverzügliche medizinische Untersuchung, die natürlich abgelehnt wurde.

Inzwischen wurden Noel und Marie Murray durch ein "Spezial-Kriminalgericht" in Dublin zum TOD DURCH ERHÄNGEN verurteilt. Beide hatten ihr Verfahren boykottiert und erklären sich unschuldig.

Genossen, hier soll ein Exempel statuiert werden, ein Exempel, das gegen die IRA gerichtet ist, aber keine IRA-Mitglieder trifft. Hier soll die IRA vor "Polizistenmord" abgeschreckt werden. IRA-Mitglieder kann man momentan nicht ohne großen Widerstand aufhängen - so muß eben jemand anderes den Kopf hinhalten. Das Urteil soll am 9. Juli vollstreckt werden (wenn bis dahin ein Henker gefunden wurde - in Irland gibt es keinen Henker, denn das letzte Todesurteil wurde 1954 vollstreckt). Genossen, leisten wir den fehlenden Widerstand!! Schreibt an Presse, Rundfunk etc., das irische Konsulat (Ernst-Reuter-Platz) oder direkt nach Dublin. Auch diverse Regierungen, die sich letztes Jahr für die 5 FRAP-Genossen eingesetzt haben, müßten mal drauf aufmerksam gemacht werden, daß hier genau dasselbe passiert wie in Spanien.

Briefe, Postkarten etc. für Noel Murray und Ronan Stenson an: Curragh Military Detention Centre,
Co. Kildare, EIRE
dort sitzen auch Des Keane, Bob Cullen und Columba Longmore.
Marie McPhilips-Murray sitzt in:
Limerick Prison, EIRE

IRELAND 1976



Zeichnung eines Internierten aus LONG KESH

ROTE HILFE WESTBERLIN
Postfach 210512 (1-21)

WGI info ★

Wohngemeinschaftsinitiative Information

.... nächster WGI-Treff:
8.7. um 19⁰⁰ 1/19 Dauerwaldweg 1 (BIERKELLER)

Vorbemerkung: Die sozialistische Revolution ist das Problem der Zersetzung einer alten Produktion sweise durch die Produktion neuer Verkehrsformen. "Die ganze bisherige Geschichte der Gesellschaft wurde auf der Basis der Ökonomie, auf der Basis von Arbeit organisiert. In der Arbeiterbewegung war es üblich, darüber zu jammern. Denn, so wurde gesagt, die bürgerliche Revolution hätte den entscheidenden Vorteil gehabt, bereits über die ökonomische Macht verfügt zu haben. Die proletarische dagegen stehe mit leeren Händen da. Ein grandioser Irrtum. Dies wäre nur war, wenn der Kommunismus ein weiteres Mal eine Gesellschaft der Arbeit wäre. Ist er aber nicht. Der entscheidende Punkt liegt darin, daß derKommunismus nicht mehr netlang der Arbeitszeit organisiert werden wird, sondern entlang der Nichtarbeitszeit. Selbst Marx hat das bereits gesehen, als er darauf verwies, daß es keine bessere Arbeitsorganisation geben könne, als die kapitalistische. Was das bedeutet ist noch schwer vorstellbar. Umso schlimmer. Die ~~endg~~ entgültige Zerstörung der kapitalistischen Macht wird ~~erst~~ möglich werden, wenn wir diese Nichtarbeit zumindest im Ansatz inhaltlich auszufüllen vermögen." ("Autonomie" Nr. 2/76, S. 7)
Die WG -Bewegung ist ein Ansatz!

Neben WG -Gründungen und Wohnungssuche sollte die WGI noch drei weitere Funktionen haben:
1) WG - theoretische Probleme
2) WG - Kommunikation, Kooperation im regionalen Bereich
3) WG - überregionale Kontakte

1) Wir halten es für wichtig im Rahmen der WGI auch WG theoretische Probleme zu diskutieren,die aus unseren praktischen Erfahrungen entspringen oder zurückzuführen sind. Dazu gibt es von der Gruppe "Humanes Wohnen" e. V. aus Hamburg eine Literaturliste zum Thema WG und Emanzipation für DM 0,70; ferner siehe auch Info-Bug 108
2) Eine Möglichkeit von WG-Kommunikation wäre eine WG-Infoseite im Info-Bug. Vorbild könnte die Heidelberger WG-Zeitung sein, die jetzt im "carlo sponti" einen Regionalteil macht. Zu überlegen wäre die Einbeziehung des Alternativen Info Verteilers (AIV) in unsere Arbeit. Der Grund der IDee einer WG-Kooperation ist u.a. der,daß teilweise eine starke Fluktuationin WGs vorhanden ist oder viele mit der zeit sich auflösen. Dies ist frustrierend und bedarf der Abhilfe. Im AIV steht dazu folgendes:"ein Mitglied einer WG zieht vorübergehend in eine andere (Rotations prinzip), um Distanz zur eigenen WG und den Problemen dort zu bekommen und die Größe der Schwierigkeiten relativieren zu können." Möglich wäre auch, wenn 3WGs kooperieren und überhaupt einen Personenaustausch ermöglichen. 3)
3) Überregionale Kontakte erscheinen ~~unsmmmmmmm~~ einerseits für unsere WG-Praxis und Theorie wichtig (es gibt z.B. überregionale WG Treffen) zum anderen zur Propagierung alternativer Lebensformen. Kontakte können zu: AIV, Humanes Wohnen Hamburg hergestellt werden.

Randglossen zu den o. g. Vorstellungen:
"Ehrlich gesagt, liegt offenbar in uns Deutschen eine gewisse Trägheit und Unbehülflichkeit des Geistes für das praktische Leben und eine unbegrenzte Zufriedenheit mit unseren bloßen Theorien und Projekten. Wie der Strauß seine Eyer in den Sand , so legen wir unsere Ideen auf Papier, ohne uns darum zu kümmern, ob diese je ins Leben treten werden." Ludwig Gall 1826
(Frühsozialist)

Nun denn.....!

Konterrevolutionäre Truppen RAUS aus dem Libanon

Unter dieser Parole findet am 7. Juli eine Informationsveranstaltung der PALÄSTINENSISCHEN ABLEHNUNGSFRONT und des KOMMUNISTISCHEN BUNDES (KB) statt.
Seit über 1 Monat haben reguläre syrische Truppen einen großen Teil Libanons besetzt. Damit ist der Libanon militärisch und politisch zum Vietnam des Nahen Ostens geworden. Die internationalen Feinde der libanesischen Revolution und der revolutionären Linie des palästinensichen Widerstandes sind offen aufgetreten und mit Panzern und Flugzeugen über das Land hergezogen. Der Krieg im Libanon ist heute mörderischer als es der Krieg in Vietnam war: Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl sterben im Libanon täglich doppelt so viel Menschen wie beim amerikanischen Bombenterror in Vietnam. Die syrischen Truppen sind dabei das Werkzeug der Imperialisten, Zionisten und der reaktionären arabischen Regimes. Es ist klar, daß ihre Aufgabe nur in einem besteht: Konterrevolution. Denn vor dem syrischen Angriff standen 82 % des Landes und 75 % der Bevölkerung unter der Kontrolle der fortschrittlichen Kräfte. Die palästinensischen Genossen dürfen diesen Krieg nicht verlieren, denn Libanon ist ihr wichtigster Stützpunkt. Die libanesischen fortschrittlichen Kräfte dürfen diesen Krieg nicht verlieren, sonst sind sie auf Jahrzehnte geschlagen. Die libanesischen und palästinensischen Massen wissen dies und unterstützen ihre Kämpfer mit aller Kraft.

WENN LIBANON DAS VIETNAM DES NAHEN OSTENS WIRD,SO KÖNNTE DER NAHE OSTEN DAS VIETNAM ALLER IMPERIALISTEN UND ZIONISTEN WERDEN!

L I B A N O N V E R A N S T A L T U N G
der Palästinensischen Ablehnungsfront
und [illegible] Kommunistischen Bundes (KB)
Mittwoch, 7.7. 19,oo Uhr
Gesellschaftshaus Neukölln, Karl-Marx-Str.131 / U-Bahn Karl-Marx-Str.
Es spielt eine kurdische Musikgruppe

LESERBRIEF vom Roten Konrad

Vonwegen

Golli ins Stammbuch

An Ulrikens offenem Grabe hat Golli was von der

" Liebe Gottes "

gefaselt. - Liebe Gottes? Du lieber Gott! - Rennt Golli denn mit dicken Scheuklappen durch diese beschissenste aller denkbaren Welten, die nur für Kommunal-Politiker erträglich, mitunter sogar recht einträglich sein kann.

"Liebe Gottes! " Vonwegen! - Möge Golli doch mal bei einer militanten Demo mitmischen. Die 11. Bereitschaft wird ihm die "Liebe Gottes" schon austreiben! --- Mit dem Hartgummiknüppel, der zur Erhöhung der schutzpolizeilichen Lustbarkeit mittelstarke Stromstösse austeilt.

Als theo-prof müsste Golli doch eigentlich die beiden Kirnthesen Feuerbachs kennen:

1. Gott ist nicht, Gott wird und
2. Entweder Gott will das Gute und kann es nicht, oder er kann das Gute und will es nicht!

Gehüppt wie gesprungen! -- Gott? Vielleicht gab es ihn mal. Aber er ist vor Verdun verschütt und in den schlammigen Schützengräben Flanderns Wasser saufen gegangen. Stalingrad, El Alamein und Dresden haben ihm den Rest gegeben. Die Atombombe von Hiroshima hat den Sack zugebunden.

Gott???--- Längst sitzen auf seinem leergewordenen Thron

Konzernbosse,
Zeitungsverleger und vor allem
Kommunal-Politiker

nd lassen sich den ihnen von den vernebelten Massen überreichlich dargebrachten Weihrauch lieblich in die hochgereckten Hakennasen duften. Wirklich dufte!

Nein, lieber Golli, so nicht!
Nein, nein, Guru Golli:
"erlogen ist die Liebe,
und nur der Hass ist echt!"

Dreimal Nein, Gottlieb Golli. --- Weil wir zu oft die Gummiknüppel hautnah gespürt haben (mir ist das linke Jochbein eingeschlagen), weil zu viele von uns die Isolier- und Beruhigungszellen der bundesdeutschen Knäste von innen gesehen haben, weil zu viele von uns "legal" observiert wurden, schmettern wir mit der "Eisernen Lerche" Georg Herwegh:

"Wir haben lang' genug geliebt,
wir wollen endlich hassen!

By the way: No hard feelings, Golli!
Right?

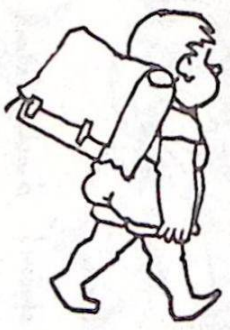
notwehr

hey, nimm mir mal die flasche ab
und reich mir den trichter
womit ich die flasche fülle?
mit 2 teilen ökonomischer ausbeutung
mit 1 teil repression
mit einem teil polizeistaat
mit etwas knast
und mit viel viel wut

so, nun gib mir die gefüllte flasche zurück
denn ich glaub
dort hinter der mauer
dort beginnts von
dort kommen sie

und danach sammeln wir nen
ganzen berg von flaschen
und füllen sie solange
wie noch was zum füllen
zu finden ist

nachher lade ich dich dann ein
zu einem eis
mit viel sahne
du weißt schon
bei giovanni



SFE zu der neuen Prüfungsordnung am ZBW

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

vor ca. 7 Wochen erhielten wir vom Berliner Schulsenator den Entwurf einer neuen Prüfungsordnung für die externe Abiturprüfung.

Dieser Entwurf trägt unserer Meinung dazu bei, den Zweiten Bildungsweg nicht nur von den Eingangsbedingungen (in Zukunft sollen nur noch Leute mit abgeschlossener Berufsausbildung und mit Mittlere-Reife-Abschluf den Zweiten Bildungsweg besuchen dürfen!), sondern auch von den Prüfungsbedingungen her einzuschränken und langfristig abzubauen.

Wir haben den Entwurf des Schulsenators in unserer selbstverwalteten Schule (700 Schüler und Lehrer) im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen undBeschlüssen (vor allem der Kultusministerkonferenz) diskutiert und in unserer beiliegenden Stellungnahme unsere Ablehnung gegen diesen Entwurf und unseren Protest gegen den Abbau des Zweiten Bildungswegs deutlich gemacht.

Die wichtigsten Einzelheiten des Senatsentwurfs und der KMK-Beschlüsse werden in unserer Stellungnahme benannt.

Öffentlichkeitsausschuß der Schule für Erwachsenenbildung
25.6.1976

Erklärung der SFE auf der nächsten Seite

Stellungnahme der Schule für Erwachsenenbildung zur Vereinbarung der Kultusministerkonferenz vom 13.9.1974 und zum Entwurf des Senators für Schulwesen betr. Ausführungsbestimmungen zur 'Abiturprüfung für Nichtschüler' vom April 1976:

Der Entwurf des Senators und die Beschlüsse der KMK sind in unserer Schule intensiv diskutiert worden. Wir nehmen wie folgt Stellung.

Wir, die Schüler und Lehrer der Schule für Erwachsenenbildung, lehnen den Entwurf der KMK und den darauf aufbauenden Entwurf des Schulsenators grundsätzlich ab.
Er stellt eine weitere Verschärfung der Prüfungs- und Ausbildungsbedingungen für die externe Abiturprüfung dar. Schon jetzt berücksichtigen die geltenden Prüfungsbestimmungen nicht die besondere Situation der Schüler des Zweiten Bildungswegs (ZBW) und benachteiligen die Schüler der privaten Schulen innerhalb des ZBW zusätzlich. Sie sind deswegen seit Jahren Gegenstand der Kritik von Seiten der Betroffenen und der Gewerkschaften.

Durch die Einführung der geplanten Prüfungsneuordnung werden auch wir direkt von der Anpassung des ZBW an die Oberstufenreform (OSR) betroffen.
Obwohl die OSR seit ihrer Einführung im Ersten Bildungsweg Mittelpunkt von Kritiken und Protesten ist, soll sie ohne nennenswerte Änderungen für den ZBW übernommen werden. Auf die besonderen Bedingungen der ZBW-Schüler (Erfahrungen im Beruf und in der Gesellschaft, besondere Interessen Erwachsener) wird bei sämtlichen Maßnahmen zur 'Reform' des ZBW in keiner Weise eingegangen. Alle Maßnahmen werden allein unter dem Gesichtspunkt eines einheitlichen Abiturs ohne Rücksicht auf unterschiedliche Voraussetzungen durchgeführt. Obwohl Senatsvertreter und Kultusminister in Diskussionen auf die besonderen Bedingungen der Erwachsenenbildung selbst hinweisen, werden diese bei sämtlichen 'Reformen' des ZBW einfach ignoriert.

Besonders deutlich wird dies bei der Einführung der OSR und des Schulverfassungsgesetzes am ZBW. Da diese Maßnahmen im direkten Gegensatz zu den Interessen der erwachsenen Schüler stehen, wurden im November 1975 und im Februar 1976 zwei bundesweite Streiks und andere Aktionen durchgeführt, die auch von der GEW und großen Teilen der Lehrer unterstützt wurden.

Die Forderungen, hinter denen auch die Schule für Erwachsenenbildung steht, sind:

- Keine Änderung der Ausbildung am ZBW ohne Zustimmung der Betroffenen
- Gegen die Einführung der Oberstufenreform und des Schulverfassungsgesetzes im ZBW
- Gegen die Streichung des o,5 Bonus für ZBW-Schüler
- Gegen die Einführung der Abiturnormbücher
- Für freie politische Betätigung in Schule, Ausbildung und Beruf .

Ein weiterer Schritt in Richtung der oben kritisierten 'Reformen', von denen wir, die Schule für Erwachsenenbildung und andere Ergänzungsschulen, besonders hart betroffen sind, ist die geplante Neuordnung der externen Abiturprüfung.
Die darin enthaltene Erschwerung der Fremdenprüfung steht im Widerspruch zu den sonst so propagierten Zielen der Chancengleichheit und Durchlässigkeit unseres Bildungssystems. Sie macht es im Beruf stehenden Erwachsenen immer schwerer, über den ohnehin schon dornigen Zweiten Bildungsweg das Abitur und damit den Hochschulzugang zu erreichen. Auch gegen diese Tendenz der staatlichen Bildungspolitik, die z.B. auch in der Abschaffung des o,5- Bonus für ZBW-Schüler ihren Ausdruck findet, haben wir zusammen mit anderen Schulen des ZBW in Westberlin und Westdeutschland protestiert.

An dem Senatsentwurf sind folgende Punkte besonders zu kritisieren:

1) Die Zusammensetzung der Prüfungsfächer nimmt keine Rücksicht auf die besonderen Voraussetzungen der ZBW-Schüler. In diesem Zusammenhang fordern wir, daß die zweite Fremdsprache gegen ein anderes Fach austauschbar sein muß, weil die ZBW-Schüler aufgrund ihrer besonderen Voraussetzungen erhöhte Schwierigkeiten mit Fremdsprachen haben.

2) Nach den neuen Richtlinien sollen 4 Fächer schriftlich geprüft werden, wovon zwei als Leistungsfächer zu wählen sind. 4 weitere Fächer werden mündlich geprüft, so daß die Möglichkeit, eine schlechte schriftliche Prüfung durch eine bessere mündliche Leistung auszugleichen, entfällt.
Außerdem wird die Zulassung zur mündlichen Prüfung und damit die Prüfung insgesamt dadurch erschwert, daß in Zukunft eine einzige 6 (= o Punkte im neuen System) in einem einzigen Fach das Nichtbestehen der gesamten Prüfung bedeutet. Darüberhinaus muß in den beiden Leistungsfächern insgesamt ein Schnitt von 4,o erreicht werden, sonst wird die gesamte Prüfung als nicht bestanden gewertet. Die Ergebnisse der schriftlichen Prüfung werden dazu noch stärker bewertet als die der mündlichen. Die Ergebnisse der beiden Leistungsfächer werden mit 12, die der beiden anderen schriftlichen Fächer mit 8, die der mündlichen Fächer jedoch nur mit 5 multipliziert. Auch diese Regelung macht die bisherige Möglichkeit, schlechte schriftliche Leistungen durch bessere mündliche auszugleichen, praktisch zunichte. Das wird sich auf den ohnehin schon skandalösen Notendurchschnitt verschlechternd auswirken.
Der Berliner Entwurf stellt hier eine zusätzliche Verschärfung gegenüber der KMK-Vereinbarung dar, in der nämlich die Möglichkeit einer mündlichen Prüfung auch in den schriftlichen Prüfungsfächern offengelassen ist.
Darüberhinaus fordern wir, daß jeder Schüler nach Kenntnis der schriftlichen Prüfungsnoten entscheiden kann, ob er sich in diesen Fächern zusätzlich mündlich prüfen lassen will.

3) Verschärft werden auch die Vorschriften für den Fall, daß man bei der Prüfung durchfällt. Die bisherige Möglichkeit einer Nachprüfung entfällt ganz. Das heißt, man hat nicht mehr die Chance, durch eine Nachprüfung in einem Fach Ausgleich für eine 5 in einem anderen Fach zu erreichen. Dazu kommt noch, daß die Prüfung erst nach 1 Jahr wiederholt werden kann (bisher nach 1/2 Jahr) und nur eine einmalige Wiederholung vorgesehen ist (bisher zweimalig). Diese Regelung setzt diejenigen, die bei der ersten Prüfung durchgefallen sind, u.a. unter finanziellen Druck, denn das BAföG wird bisher nur 1/2 Jahr nach dem Nichtbestehen einer Prüfung weitergezahlt.

4) Die Differenzierung in Leistungskurse, in weitere schriftliche und mündliche Fächer erfordert eine stärkere Differenzierung der Klassen, d.h. widerspricht unseren Vorstellungen von gemeinsamem Lernen in Klassen und Arbeitsgruppen. Sie würde den gesamten Aufbau unserer Selbstverwaltung gefährden, die auf festen Klassenverbänden aufbaut. Dazu werden die Anforderungen nicht nur in den Leistungsfächern nach oben geschraubt. Nach den Anforderungen, wie sie in den Abiturnormbüchern bzw. in den Vorlagen des Schulsenators festgehalten sind, kommt die Vorbereitung auf das Abitur immer mehr einem Universitätskurs gleich. Leistungs- und Stoffdruck verhindern die Möglichkeit, auch alternative Unterrichtsinhalte anzubieten, auf thematische Vorschläge einzelner Klassen und Schüler einzugehen und damit erst erwachsenengerechtes Lernen zu praktizieren.
Nach den bisherigen Erfahrungen mit Leistungskursen und dem damit verbundenen Schulstreß, die von Schülern, Eltern, Lehrern, in der Presse und auch in dem Publikationsorgan des Schulsenators höchstselbst (vgl. Die Schule Nr.2) negativ beurteilt werden, ist die Einführung von Leistungsfächern und die Erhöhung der Leistungsanforderungen generell abzulehnen.

5) Die Zusammensetzung der Prüfungskommissionen soll sich an den Bedingungen des ZBW orientieren. Auch an staatlichen ZBW-Einrichtungen werden die Schüler von Lehrern geprüft, die aufgrund ihrer Tätigkeit im ZBW in der Lage sind, auf die besonderen Erfahrungen und Vorkenntnisse der Prüflinge einzugehen. Wir fordern, daß der Vorsitzende der Prüfungskommission, die Vorsitzenden der Fachausschüsse und alle anderen Prüfer in der externen Abiturprüfung Lehrer aus dem ZBW sein sollen. Sie sind in der Prüfungszeit vom Unterricht freizustellen, um die vorbereitenden Schulen und die Prüflinge beraten zu können.

Zusammenfassend stehen wir hinter folgenden Forderungen:

Keine Anpassung des ZBW an die Oberstufenreform und damit auch keine Anpassung der externen Abiturprüfung an die Oberstufenreform / Gegen die Einführung von Leistungskursen / Gegen die Überbewertung von schriftlichen Prüfungsleistungen / Gegen die erschwerte Zulassung zur mündlichen Prüfung - auch eine 6 und schlechte Noten in den Leistungsfächern müssen ausgeglichen werden können / Gegen die Erhöhung der Leistungsanforderungen in der Fremdenprüfung / Für die Möglichkeit einer Nachprüfung wie bisher / Spätestens 1/2 Jahr nach dem Nichtbestehen einer Prüfung soll zweimalig eine Wiederholungsprüfung möglich sein / Sämtliche Prüfer der externen Prüfung sollen Lehrer aus dem ZBW sein / Die Lehrer der vorbereitenden Schulen müssen - wie an staatlichen Schulen vorgeschrieben - an den Prüfungen und den abschließenden Beratungen teilnehmen können / Schülervertreter sollen als Gäste - wie an staatlichen Schulen - an den Prüfungen teilnehmen können / Kein Ausschluß von der Prüfung bei sogenanntem 'prüfungsstörenden' Verhalten .

Schon allein die Tatsache, daß wir die Aufforderung zu einer Stellungnahme zum Entwurf des Schulsenators erst zu einem Zeitpunkt erhalten, wo nach Angaben des Senats in wesentlichen Teilen nichts mehr geändert werden kann, zeigt, welches Interesse die zuständigen Behörden an der Mitarbeit der Betroffenen haben.

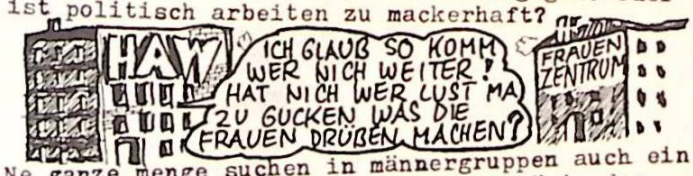
Schule für Erwachsenenbildung
Berlin, 21.6.1976

HEISSE SCHOKOLADE.....

einer über sich als mann

Ich habe seit einem jahr in und mit männergrupp pen so ein paar erfahrungen gesammelt und dabei hab ich vor allem gemerkt, wie es nicht geht. Wir durften uns keine agressionen erlauben (ist alles gesellschaftlich bedingt, muß man weglassen), wenn ich auf jemand zuging, weil ich ihn vom flüchtigen kennen mochte, und ihn näher kennen lernen wollte, war ich ein schlimmer anmacher, wenn sich jemand in seinem leiden suhlte, und ich kund tat er solle sich mit den ursachen auseinandersetzen und nicht sich darin versincken lassen (ach, ich bin ja sooo schwach und solft), war ich der macker und übe leistungsdruck und konkurrenzverhalten aus, emotionalität, bedürfnisse an die mitmänner waren nicht erlaubt, erst mal den intellekt sprechen lassen, thema schwanz: o gott, wie leide ich unter meiner schwanzfixiertheit, verstehe gar nicht, wie das so lange mit meiner Freundin gut ging, na, ja, jetzt ist sie weg. schwulsein? man würde gern - im dunkeln - keiner darf was wissen - phantasieen ANGST.

Die begriffe hetero- und homosexuel sind für mich sehr ambivalent, einerseits weil eine gesellschaftliche definition dahintersteckt und ich sie deshalb ablehne, andererseits steckt da bei mir selbst ne ganze menge drin (ja, ja - von beiden). Nur stört es mich ganz gewaltig, wenn so ganz platt behauptet wird, die schwulen praktizieren freie sexualität (gespräche mit johannes). Auf diese freie sexualität pfeife ich, wie sie da definiert ist. Ich fänd es überhaupt gut, wenn die "homos" und "heteros" mal zusammen kommen würden, sind alles männer!
Ich will mit diesem schrieb sagen, daß ich mir von den "softies" manchmal ganz schön verarscht vorkomme (brauchen die nur ein emanzipationsalibi?), ich habe einige sehr dufte Beziehungen zu frauen, seit einem jahr auch ne sogen. zweierbeziehung, auf die ich nicht verzichten will und kann, aber ich brauche die identifizierung über männer (nur ein paar); nicht zuletzt um mich auch gegen die linken macker an der uni behaupten zu können, ich find nämlich hrg, kap-vo u.ä. nicht so doll und wehr mich dagegen. Oder ist politisch arbeiten zu mackerhaft?



Ne ganze menge suchen in männergruppen auch ein kochrezept, wie sie den"neuen frauen" in den arsch kriechen können, andere haben ihre erwartungshaltung von frauen auf die männergruppen gelegt (letzteres läuft garantiert nicht!).
Die liste ließe sich vielleicht (von jemand anderem?) fortsetzen; jedenfalls sind das für mich so typische "softie"-eigenschaften, deshalb mag ich diese bezeichnung gar nicht, obwohl mir dumpf ahnt, daß mir einige obiger hemden auch mehr oder weniger gut passen.
Ich habe jedoch das emotionale und intellektuelle bedürfnis, mich aktiv mit männern auseinanderzusetzen, dazu ist es für mich unumgänglich, aktiv zu sein, mich hab ich eigentlich ganz gern, auch meinen schwanz, meinen körper; meine makken gehören auch zu mir, verdammt nochmal, wenn es leute gibt, die erwarten, ich solle nur aus schokoladenseiten bestehen, müssen damit rechnen, daß es auch heiße schokolade gibt - sehr heiße!

Unsere Mauern

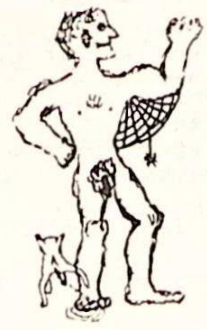
Durchbrechen

Wir

Dieses Gedicht schickte uns ein Genosse aus dem Knast:

"Du willst nicht, daß ich Deinen Schwanz ergreife
wie ein Stück Metall-die Hand als Feile
Du willst Zärtlichkeit und Liebe
wie das Kind in der Wiege
warum fässt Du der Frau dann
ihren Körper derart brutal an?
Statt Deine Hände auf ihren Bauch zu legen
und zu spüren - da ist Leben?
statt aber Zärtlichkeit und Liebe ihr zu geben
unterdrückst Du mit Gewalt ihr Leben
verlangst, daß sie stets zu Willsen Dir ist
Du! Mann-Du! Unterdrücker-Du! Du Faschist!!
Du-der Held - der männliche
Du bist ein Frauenfeind- der Schändlichste
Du willst die Welt verändern --
nur Du kannst Nägel in die Wände hämmern
kein Sack ist zu schwer und groß
Du meisterst selbst das größte Los --
mit Kartoffeln schälen- Wäsche waschen
Strümpfe stopfen - Haushalt machen
1o-15-18-Stunden jeden Tag
so!! - hälst Du die Frau in Trab
und verlangst, daß sie zu Willen Dir ist
Du - der Mann - der Held - der Große
und in Deiner glattgebügelten Hose
bist Du wirklich groß - oh ja: als Faschist !!
und beim "Kinderkriegen" spielst Du verrückt
gaukelst Dir vor was von Liebe und Glück
scheinheilig fragst Du: Wird Sie's schaffen? -
2o-3o Biere läßt Du Dir zapfen
aus ANGST, zu verlieren Deine Unterdrückerchancen
Du der große Held - der Mann - der Vater -
ach - komm, hör' auf mit dem Theater
und sieh endlich selber ein
was Du bist:
ein UNTERDRÜCKERSCHWEIN !
ein FASCHIST ! "

Du MANN...



ERFAHRUNGEN EINES BESUCHES IN TVIND (DÄNEMARK)

Warum wir nach Tvind gefahren sind

Seit einigen Wochen überlegen wir - das sind ein paar Leute, die sich über die Uni kennengelernt haben -, wie wir die Erfahrungen und Erkenntnisse, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, längerfristig umsetzen können. Die Uni hat uns erfahren lassen, daß wir uns in ihr kaum selbst darstellen können. Die Anonymität und Kälte, die in ihr herrscht, ist so menschenfeindlich, daß wir uns fragen, wie Menschen überhaupt in ihr arbeiten können.

Das zeigt sich in den verschiedensten Bereichen. In den Seminaren, die ja am ehesten die Grundlage für eine persönliche Verwirklichung darstellen könnten, weil wir dort in Arbeitsgruppen und gemeinsamen Diskussionen aktiv teilnehmen können, wird auf so hoher abstrakter Ebene rumgeschwätzt, daß wir uns oft fragen, wie stell ich denn nun den Bezug zu unserer persönlichen Realität her. Diese abgehobenen Theoriediskussionen, selbst in den "linken" Seminaren, führen dazu, daß wir unsere eigenen Schwierigkeiten und Probleme verdrängen. Sie gehören halt nicht dorthin, sie tragen nichts zum inhaltlichen Fortkommen bei. Dabei merken die Theoriehengste gar nicht, daß uns genau die Schwierigkeiten hemmen und einem konstruktiven Lernen im Wege stehen. So müssen wir erfahren, daß der "Freiraum Universität", in dem doch noch relativ viele Möglichkeiten der persönlichen freien Entfaltung stecken sollen, wenn wir ihn mit anderen Arbeitsbereichen vergleichen, uns sehr stark entfremdet und uns zu Schablonen zurechtstutzt, die dann später in den Produktionsprozeß integrierbar sind.

Zum anderen wissen wir jetzt immer mehr, daß uns nach dem Studium nicht rosige Zeiten erwarten. Die Berufsperspektive ist für uns alle finster, da wir mit Arbeitslosigkeit und Berufsverbot konfrontiert sind. Und selbst wenn die Möglichkeit bestehen sollte, in den Arbeitsprozeß integriert zu werden, sind wir gar nicht mal so sicher, ob wir das eigentlich wollen. Denn wir sehen es jetzt schon deutlich, daß man uns später an der Stelle im Produktionsapparat und im gesellschaftlichen Leben überhaupt einbauen wird, wo man uns am besten verwerten kann. Jeglichen kritischen Mumm werden wir dann verlieren. Die guten Erfahrungen, die wir im Zusammenleben in Wohngemeinschaften gemacht haben, können wir nicht fortsetzen. Die neue Umwelt, die ihre eigenen Gesetze hat, zwingt uns ihre Verhaltensformen auf.

Wir haben uns deshalb überlegt, wie wir die positiven Ansätze, die wir jetzt zu praktizieren versuchen, auch nach dem Studium sinnvoll weiterführen können. Also haben wir Ausschau nach Projekten gehalten, wo ähnliches schon versucht wird. Durch Gespräche und durch verschiedene Zeitungen (Kompost, Alternative Zeitung, INFO u.a.) haben wir von bereits existierenden Projekten erfahren. So haben wir uns aufgerafft und uns eines dieser Projekte mal ganz konkret angesehen. Denn Berichte geben immer nur einen Teil der ganzen Sache wieder. Die persönliche Erfahrung bringt sie uns viel näher, wie wir auch gesehen haben.

Mit all diesen Ideen im Kopfe fuhren wir also fröhlicher Dinge gen Dänemark und hatten so Vorstellungen - tja, vielleicht von einem Bauernhof, ein wenig abseits der Gesellschaft, sowohl örtlich als auch von der Idee her. Wir wollten mal sehen, ob denn wohl auch ein politisches Konzept dahinter stecke, oder ob 50 Leute den Rückzug auf's Land angetreten hatten.

Die Überraschung begann bereits, als wir im nächstgelegenen Ort scheinbar Tvind für jedermann ein Begriff war und wir in Richtung eines großen Turmes gewiesen wurden. Dieser 54m hohe Turm aus Zement war Mittelpunkt einer größeren Baustelle. Auf Stellwänden wurde mit Photos und Zeichnungen erklärt, wie vor 1 Jahr der Bau dieser Windmühle (die Flügel fehlen noch) von vielleicht 100 jungen Leuten begonnen worden war, und daß sie als Stromerzeugungsquelle später eine Alternative zu Atomkraftwerken aufzeigen soll ("Atomwerken? Nej tak!!")

Dann sahen wir hinter Tannen auch andere Gebäudekomplexe, Flachbauten aus Holz, dazwischen Wiesen und schmale Teerwege. Im Gästehaus gab es Kaffee und Kekse. Ein Mädchen eines der 110 Lehrer, die dort ständig wohnen, erklärte uns, daß sie versuchen würden, eine wirksame Synthese zwischen Theorie und Praxis zu leben. Gemeinsam mit Lehrerstudenten und Absolventen von 9- und 17-monatigen Kursen zur Erlangung der Mittleren Reife und andere Abschlüsse, wohnen sie und arbeiten und studieren auf einem Gelände von 50 ha. Die besondere Idee ist, daß alle Schüler während ihres Aufenthalts in Tvind einige Monate mit einer Gruppe in ein Land der 3. Welt fahren. Dahinter steckt die Erfahrung, daß man die eigene Lebenssituation und -möglichkeit nur verstehen kann, wenn man die globalen Zusammenhänge von Wirtschaft und Politik begreift. Deshalb das intensive Studium sowohl der eigenen dänischen Gesellschaft, als auch exemplarisch eines Entwicklungslandes. Studium - aber nicht wie allgemein üblich an der Uni nur theoretisch-logisch über den Kopf, sondern so, daß man z.B. gemeinsame Erfahrungen in der Fabrikarbeit macht und dann vom Konkreten abstrahiert, daß man Bürgerinitiativen unterstützt, gemeinsam über Alternativen nachdenkt und sie dann in die Praxis umsetzt, daß man durch Filmen, Fotographieren, Musik und Darstellen lernt und gleichzeitig wieder Vermittler des Gelernten wird. Das mag verwirrend klingen, aber irgendwie kapierten wir die Sache, [illegible] ein riesiges Erbsen/Bohnen/Salatfeld sahen, angelegt für die Eigenernährung, und mitten im Feld scharten sich um eine Tafel eine Gruppe von Schülern, die etwas über verschiedene Arten der Düngung lernten. Daneben - 50m entlang des Feldes - war eine 2m hohe Bretterwand aufgebaut, auf die eine andere Gruppe mit Ölfarbe die Geschichte des Kapitalismus in all seinen verschiedenen Ausprägungen gemalt hatte. Das Mädchen im Gästehaus meinte auch, wir sollten uns die Sache mal lieber ansehen!!

So folgten wir dem ersten Gerücht und sahen uns die Hühner- und Schweinezucht an. Daneben lagen gleich die Autowerkstätten, wo die Schüler selber alte Busse instandsetzen und ihr Funktionieren lernen, damit sie sie auf der Reise auch selber reparieren können. Auf einem anderen Gelände wurden gerade neue Häuser gebaut. Vielleicht 200 junge Leute turnten auf den Gerüsten herum, sägten und hämmerten eifrig, kamen zu kleinen Gruppen zusammen, um ein Problem zu besprechen oder hielten fre undlich mit der Arbeit inne, wenn wir sie etwas fragten.

Zuerst war uns ein wenig unwohl zumute, stört man doch normalerweise einen Arbeitsprozeß nicht. Wir dachten auch, wir müßten uns rechtfertigen, erklären, warum wir dort wie Sight-Seeing-Touristen von der Autowerkstatt zum Schweinestall, vom Schweinestall zur Baustelle, zur Druckerei und zur Schweißerei liefen. Aber die Leute erwarteten das in keiner Weise.

Forts. S. 11

Forts. v. S. 11

Zwar sprachen nicht sie uns an, sondern wir waren es, die ihre Bedürfnisse artikulieren mußten, aber wenn wir uns dazu überwanden, waren alle freundlich, hilfsbereit und wußten eigentlich über alles Bescheid. Jedoch sagten sie auch, daß man Tvind erst richtig einschätzen könne, wenn man dort ein paar Tage oder Wochen mitleben und mitarbeiten würde, wir seien herzlich eingeladen!!

Was noch auffiel war das unheimlich lockere Verhältnis zwischen Jungen und Mädchen, die beide gleich schwere Arbeit machten. Auch gab es keinen pünktlichen Arbeitsschluß, sondern jede Kleinarbeitsgruppe beschloß für sich, wie lange gearbeitet werden sollte, oder ob man lieber zum Baden fahren sollte, in festem Wissen, wie notwendig es ist, so schnell wie möglich mitzubauen an Tvind, dem erfolgreichen Beispiel, das für jederman wahrnehmbar zeigt, daß es auch anders geht.

Was uns der Besuch in Tvind gebracht hat

Tvind gibt nicht nur zu denken, es weckt auch Bedürfnisse und die Lust. selbst eine gleichartige Initiative zu ergreifen. Wir haben uns überlegt, wie wir die Impulse, die wir dort bekommen haben, produktiv für uns weiterführen können.

Eines ist klar: Eine einfache und direkte Übertragung des Modells auf den Bereich der BRD-Gesellschaft wäre kurzsichtig und naiv. Der liberale Charakter der dänischen Gesellschaft läßt weit mehr Spielraum für solche Versuche - mehr noch: Wenn man es taktisch geschickt anstellt - wie in Tvind -, erreicht man sogar eine staatliche Unterstützung, ohne dabei die eigenen Inhalte und Ziele preisgeben zu müssen.

Was uns in Tvind eingeleuchtet hat ist vor allem folgendes:

- Die Basis der Gemeinschaft ist der enge Zusammenhang von Arbeiten und Lernen. Lernprobleme ergeben sich durch und in praktischen Arbeitsprozessen, sie werden dort unmittelbar aufgegriffen und diskutiert.
- Das Projekt ist überschaubar, und jeder hat einen Überblick über sämtliche Arbeits- und Lebensbereiche, über die er auch bei Fragen Auskunft geben kann. Spezialisten und Fachidioten werden nicht gezüchtet.
- Durch das ständige Zusammenleben in jeder Situation weicht man Konflikten und Spannungen - die notwendigerweise auftauchen - nicht aus. Im Gegenteil: Konflikte sind gerade eine Chance für neue Erfahrungen, die näher zusammenbringen.
- Insgesamt bewirkt das Projekt eine Stärkung der individuellen und kollektiven Identität der Gruppe, das Vertrauen auf die eigene Kraft. Weil man täglich erfährt, daß im - wenn auch beschränkten Rahmen - Veränderungen möglich sind, hält man sie auch im größeren gesellschaftlichen Rahmen für realisierbar.
- Die Arbeit in Tvind ist keine Flucht aus der gesellschaftlichen Realität in die friedliche Abgeschiedenheit. Mit der Konsolidierung des eigenen Projekts sind die Leute in Tvind immer mehr in der Lage, mit den Bauern der Nachbarschaft Kontakt aufzunehmen.

Dieses Erlebnis hat uns Mut gemacht. Wir machen weiter!!!!!

BERICHT VOM VORLÄUFIGEN M'Z (=MÄNNERZENTRUM)

Letzten Sonntag haben wir uns wiedergetroffen, um die Sache mit dem Maennerzentrum ein Stueck weiter zu bringen. Die Idee dazu war beim Fliederfest vor Pfingsten aufgebracht worden, und wir haben uns seitdem schon ein Paarmal deswegen getroffen.

WIDHTIG: Vorlaeufig ist die "Roestkartoffel" in der Naumannstr. 3 - Schoeneberg unser Treffpunkt, auf jeden Fall Sonntags ab 15h und auch sonst abends. Laden wird immernoch von uns gesucht!
ALSO: alle Maenner, die ihr Mackertum satt haben, koennen und sollen kommen.

Wir haben beim letzten Treff ueber das Maennerzentrum (MZ) gequatscht und uns gefragt, was wir denn damit wollen.
Klar, erstmal um Informationen zu kriegen, dann als Alternative zur Scheisskneipe, um locker oder auch konzentriert mit anderen Maennern zu reden, neue kennenzulernen, die Moeglichkeiten, die mann bei den seltenen Maennerfesten hat, eben oefter zu haben. Ob wir uns festere Themen fuer feste Tage vornehmen wollen, ist noch nicht klar. Das Maennercafé in der Dresdenerstr war ja leider nicht das Wahre: das wird jetzt anders!

Dann brachte mann den Pilgrim-Artikel aus dem INFO ins Gespraech. Wenn ihr weiterlesen wollt, holt ihn Euch am besten dazu, er ist lesenswert. Zuerst, wie das ist mit dem Schwulwerden als Flucht vor einer Frau, die einem das Mackersein ihr gegenueber vermiest. Das Mackersein bleibt dann eben erhalten in einer Schwulenszene, die dieselben Unterdrueckungsmechanismen draufhat,

Als Naechstes die Sache mit dem Herrschen (s.Pilgrim vorletzter Absatz), als Moeglichkeit es sich abzugewoehnen das "Lassen" und das wurd's schwierig - ojeh! Beispiel: Gemischte Wohnung, die Waschmaschine (o.aehnliches) ist im Arsch und weil wir "Maenner" mit technischem Verstand gesegnet(!?) sind, reparieren wir das DING eben und lassen die Frauen (gefaelligst bewundernd oder auch nicht) zusehen. Aufgrund unserer Erziehung sind wir meistens die "Macher" und unfaehig, diese Rolle abzugeben. Wir zwingen die Frauen, passiv zu bleiben und unter/-druecken sie eben.
EINE Konsequenz: die Lebensbereiche von Maennern und Frauen zu trennen, also Frauen WG's und Maenner-WG's zu machen, um die geschlechtsbedingte Rollenstruktur aufzuweichen. Den Einwand, dass sich in der Maenner-WG auch Rollenstruktur- und Unterdrueckung breitmachen kann, haelt mann nicht fuer stichhaltig, weil die Widersprueche dann nicht mehr sexistischer Natur sind.

Wir muessen lernen, emotionale Beziehungen zu Maennern und rationale zu Frauen zu entwicklen (hochstochen aber wahr!) Wir haben dann noch weitergeredet und reden bestimmt noch weiter.....

2, die mit dabei waren und sind.

- Büchertips: ● "Die Suffragettes" von Käthe Schumacher im Frauenverlag Berlin 1976 nachgedruckt, kostet 8.-DM's

● "Sind es Frauen?", von Aimée Duc. erschienen im Amazonenfrauenverlag Berlin-West 1976, kostet 6,50 DM's

OFFENER BRIEF AN DAS Kölner VolksBlatt:

→ Siehe auch INFO 103, 104, 106 S.23 6.17 6.15

liebe freundennen, freunde, genosssinnen und genossen der VOLKSBLATT-redaktion,

wenn wir mit euch fertig wären, würden wir euch nicht einmal einer Kritik für wert halten. wir bitten deshalb, unseren brief als eine solidarische kritik und aufforderung zu einer offenen und öffentlichen diskussion anzusehen. kurz gesagt: bei allem respekt vor eurer arbeit, wir meinen, feststellen zu können, daß ihr - eurem ursprünglichen anspruch zuwider - auf der schiefen ebene zu einer unpolitischen zeitung seid. das heißt für uns, das VOLKSBLATT (VB) hört auf, eine linke zeitung zu sein.

was will (wollte) das kölner VOLKSBLATT ?
das VB erscheint mit dem untertitel "bürgerinitiativen informieren". damit formuliert es seinen anspruch in kurzform: es will eine"zeitung von unten" sein, eine zeitung "aus der sicht der bürger im stadtteil, der arbeiter und angestellten in ihren betrieben, die sich gegen etwas wehren, für etwas kämpfen. darum zeilen unsere berichte, kommentare und analysen auch immer darauf daß sich die leser bestehenden initiativen anschließen, neue gruppen und organisationen bilden, daß aktivitäten zusammenfließen, gruppen gemeinsam kämpfen, um den widerstand derjenigen kleinen minderheit zu brechen, die mit hilfe von geld, beziehungen und klüngelei überall versucht, sich an der macht zu halten."(VB 1/75) ... außerdem soll "mehr über alltägliche widerstands- und sabotageaktionen in den betrieben berichtet werden". das VB will also mehr als "bloß" zeitung sein. es will gegenöffentlichkeit herstellen, interessen politisieren und organisieren helfen. (zum VB siehe INFO 102, 103, 104)
diesen allgemeinen anspruch des VB halten wir für gut und richtig, auch wenn wir die blässe seiner leerformeln ("gegen etwas kehren, für etwas kämpfen"), das fast peinlich wirkende vermeiden von begriffen wie kapitalismus/sozialismus und die etwas betuliche beschreibung der herrschenden minderheit, so als sei eine ausmachbare und austauschbare personengruppe der gemeinsame gegner und nicht die kapitalistische gesellschaftstruktur als ganze kritisieren.

unsere kritik. beispiel 1: die druckerstreikzeitung
wir fragen(die bei der produktion beteiligten VB-genossen):
- warum habt ihr die vorliegenden artikel zur längerfristigen perspektive des druckerkampfes allgemein (arbeitsplatzsicherung/rationalisierung/dequalifizierung), also die politischen, analytischen artikel alle rausgeschmissen, also entpolitisiert?
- wieso habt ihr das erscheinen der streikzeitung von einem interview mit dem IG-druck-landesvorsitzenden abhängig gemacht, obwohl interviews von streikenden kollegen vorlagen?
- wieso habt ihr die rolle der gewerkschaftsbürokraten beschönigt (oder gefälscht)?
- wie erklärt ihr euch, daß zwar ein foto von bundespräsident scheel erscheint mit einem text der züge von eigenreklame fürs VB hat, ihr euch aber gleichzeitig energisch der aufnahme eines artikels über die am gleichen tag gestorbene genossin ulrike meinhof widersetzt?
- zur streikzeitung insgesamt: habt ihr euch in den dienst der beteiligten druck-Kollegen gestellt oder habt ihr sie für eigene zwecke in dienst genommen? (ein genosse vom VB:"wir wollnn uns neue käuferkreise erschließen"; vergl. auch die auflage von 15 ooo; präzise: wolltet ihr marktchancen in zeitungsloser zeit nutzen?)

beispiel 2: die verhinderung des artikels zu ulrike meinhof
wir fragen (die beteiligten VB-genossen):
- welche polit. einschätzungen haben euch veranlaßt, den artikel zu ulrike in der streikzeitung abzublocken?
- warum habt ihr eure ablehnende meinung nicht auf einen einheitlichen nenner und offen zum ausdruck gebracht, sondern eine verzögerungs- und verschleierungstaktik gewählt, um den artikel auch in der ordentlichen VB ausgabe nicht aufnehmen zu brauchen?
- könnte es sein, daß die von euch geschätzte praxis, strittige artikel immer wieder zu verschieben und umzuschreiben, nur ausdruck einer strategie ist, um der erhaltung eines fiktiven "linkspluralismus" willen jede polit. meinungsbildung in der redaktion zu verhindern?
- schließlich, da algemeinpolit.fragen von VB-genossen immer gegen den konkreten bezug zu bürgerinitiativen ausgespielt werden: was heißt für euch noch politisierung von interessen?

diese beiden beispiele sind keine einzelfälle.

wir wollen unsere kritik am VB und dessen unfähigkeit, polit.sachverhalte zu vermitteln, zuletzt noch an einem weitern beispiel verdeutlichen:
die druckerei"betrieb", die das VB druckt, "und deren drei mitarbeiter das projekt von anfang an mitgetragen haben" und die von der rechtskonstruktion her eigentümer sind, haben an anderer stelle ausführlich über zahlreiche durchsuchungs- und schikanemaßnahmen der staatsschutzbehörden gegen ihre druckerei berichtet (s.links nr.73). im VB findet sich dagegen nichts zu den inzwischen rechtskräftigen maulkorbparagrafen, obwohl
- in köln solche staatsschutzaktionen häufiger stattfanden
- die VB-macher davon unmittelbar auch betroffen waren
-sie die bedeutung dieser "gesetzesreform" kannten
- nach ihrem eigenen konzept alle voraussetzungen für einen artikel da waren (tathandlung in köln, betroffenheit von bürgerinitiativen, exemplarischer fall etc.)
wir fragen:
warum tauchte diese wichtigste "gesetzesreform" für zeitungsmacher in der "zeitung von unten" nicht auf?
warum erschien ferner im VB kein einführender und vorbereitender artikel zu SB-repressionsveranstaltung in köln, sondern lediglich ein termin hinweis?
warum berichtet das VB nicht über die gegenwärtig wohl bedeutendste polit.veranstaltung, die im nationalen rahmen widerstand gegen die repression organisieren helfen will: den pfingstkongress in frankfurt?
warum beteiligen sich weder druckerei (betrieb) noch VB - wie andere verlage, druckereien etc - im verband des linken buchhandels (VLB) am aufbau einer gemeinsamen widerstandsfront?

zum schluß fordern die schreiber die VB-redaktion und die interessierten leser zu einer öffentlichen diskussion auf.

anfragen:an das arbeitskollektiv "der andere buchladen", zülpicherstr.197, 5 köln 41

außerdem gibts noch eine stellungnahme der Revolutionären Zellen: "das VB ist am arsch" hängt am informations-brett im SZ im 1.stock

ANTWORT AN DIE GENOSSEN VOM INFO BUG

(SIEHE AUCH "RADIKAL" NR. 2, SEITE 2)

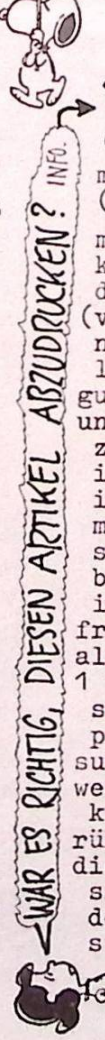
Wie die meisten Käufer von "radikal" fragt ihr, aus welcher Ecke der Wind weht, wo unsere Zeitung politisch steht.
Ihr habt uns die Nähe des SB gerückt, andere sagen, wir wären Maoisten, Spontis, eine KBW-Zeitung usw.
Offensichtlich haben wir unsere Idee, ein linkspluralistisches Blatt zu machen, das die Standpunkte verschiedener Organisationen und Genossen miteinander in Beziehung setzt, einen Überblick über die praktische Arbeit zu geben versucht und das mit den DIENSTEN nützliche Funktionen erfüllen will, nicht verständlich genug beschrieben.
Wir haben in den Nummern 1 und 2 von "radikal" schon eine Menge über unsere Absichten veröffentlicht. Solche Erklärungen auszuweiten oder zu wiederholen scheint uns wenig erquicklich. Wir hoffen, daß Inhalt und Aussehen unserer Zeitung langfristig eine genauere Antwort geben.

Liebe "Radikale" lest doch mal den Aufsatz "Ökonomie + Moral" im INFO 89 (S.12-13) als Antwort. Peter Pan

Den auszugsweisen Abdruck des 12-seitigen Konzepts, das wir vor Erscheinen von "radikal" an eine Reihe von politischen Gruppen geschickt hatten, durch das Info halten wir nicht für korrekt. Dieses Papier war als Arbeitspapier gedacht, das der Diskussion mit Genossen und Gruppen als Grundlage dienen sollte. Es jetzt - ohne uns zu fragen - als Selbstdarstellung von "radikal" herauszubringen und fleißig mit Unterstreichungen zu versehen, ohne anzugeben, daß diese Hervorhebungen von euch gemacht wurden, finden wir nicht gut. *

Ihr sprecht über solidarisches Verhalten und zeigt dann gerade in eurer Nr. 111, daß ihr die Normen dafür selber festlegt und ihre Durchsetzung sofort mit handfesten Methoden in Angriff nehmt.
So habt ihr es nicht für nötig erachtet, Kostas vom "terzo mondo" - bei dem ihr nach eigenen Aussagen jahrelang getrunken und Spaß hattet - per Diskussion in einen möglicherweise selbstkritischen Prozeß zu zwingen, sondern ihr habt sofort den Boykott ausgerufen. Das Gleiche habt ihr den Frauen des VIVA-Kollektivs empfohlen, nur weil in "radikal" ein Artikel von einer Frau stand, der sich aus gemachten Erfahrungen in der Frauenbewegung sehr kritisch (und möglicherweise auch falsch - macht ihr keine Fehler?) mit Tendenzen in diesem Bereich befaßt.(Es ist schon ziemlich infam, hinter dem Autor möglicherweise einen Mann zu vermuten. Lest ihr die Artikel, die ihr kritisiert, überhaupt genau durch?)
Für uns erschein t eure Haltung so, als wenn ihr nur noch Texte zulaßt, die nach eurer politischen Auffassung richtig und solidarisch sind und das was darüber hinaus geht nicht mehr durch Diskussionen sondern durch Boykott beantwortet.

Ihr habt uns vorgeworfen, wir würden im Arbeitspapier die Linke zumindest nach "links" beschneiden. Vielleicht sind die Texte zur revolutionären Gegengewalt, die wir in Nr. 2 veröffentlicht haben (sie waren schon fertig, als euer Nr. 111 erschien) eine gewisse Antwort. Wie weit unsere Zeitung juristisch gefährdet ist, werden auch wir nicht mittels Selbstzensur festlegen.



Eure Zweifel gegenüber unserer Absicht, bezahlte Mitarbeit anzustreben, sind uns unverständlich. Habt ihr auch etwas dagegen, daß Genossen in linken Buchläden, Verlagen, Druckereien usw. für ihre Arbeit Geld bekommen? Ist es nicht idealistisch und unpolitisch, den Aufbau alternativer Einrichtungen lediglich auf freiwillige und nebenberufliche Leistungen zu stützen?
Wir sind der Meinung, daß eine linke Zeitung versuchen muß, auch ökonomisch so stabil zu sein, daß sie nicht wegen einer (immer zu erwartenden) Schwierigkeit die Flagge streichen muß.

Noch ein anderer Punkt: Wir wissen nicht, wer das INFO kontrolliert. Wir sind der Meinung, daß "radikal" durch Mitarbeit oder Ablehnung von Gruppen und Lesern künftig eindeutig genug beeinflußt und auch kontrolliert wird. Eine Zeitung, die die Linke nicht gebrauchen kann, wird sich auch nicht halten können.

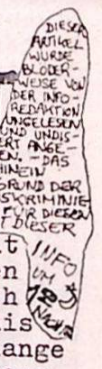
Abschließend möchten wir noch dar an erinnern, daß wir vor Erscheinen sehr wohl mit mehreren Mitarbeitern des INFO gesprochen haben. Wir halten auch die wiederholte Einladung zu unserem Donnerstag-termin im SZ für eine Form, auf die ihr hättet reagieren können.

Insgesamt erscheint uns euer Katalog an Bedenken eher kleinlich und hergeholt als konstruktiv, und die freundliche Form, mit der ihr konstatiert, wir hätten eine Lücke gesehen, täuscht nicht darüber hinweg, daß ihr an dem Grundgedanken unseres Konzepts vorbeigesehen habt.

Redaktion von "radikal"

»EFFE« ANTWORTET

(SIEHE "RADIKAL" NR.1 UND INFO 111)



meinen sponti-freunden(innen)
(von der inge)

meine angewohnheit ist es jetzt nicht, mit klugen, ausgewogenen und opportunen worten die politische szene zu harmonisieren. ich (verfasserin der 'effe') will mein bedürfnis nach freier meinungsäußerung nciht erst lange legitimieren. bisher (auch in der frauenbewegung) habe ich mich lieber unbeliebt gemacht und wichtige, für mich persönlich auch existenzielle arbeitsansätze sausen lassen, bevor ich mich einem zweifelhaften gruppendruck oder ideologischen zwängen unterwerfen oder anpassen mußte.
soweit ich weiß, hat sich das info bisher kaum bemüht, von den aktivitäten und lernprozessen innerhalb des selbstverständnisprozesses der frauenbewegung authentisch zu berichten.
als alternatives organ für frauen hielt ich vor 1 1/2 jahren noch die 'lesbenpresse'. ich versuchte bei den ersten sitzungen der lesbenpresse mitzu-arbeiten; wurde dann bald mit subtiler weiblicher brutalität hinausgeekelt, weil ich nicht hundertprozentig nachweisen konnte, daß ich mich jeglicher sexueller berührung mit einem anderen mann enthalten würde. dies halte ich für einen faschistoiden und rassitischen auswuchs des dekadenten kapitalismus, der sich in der schizophrenen persönlichkeitsstruktur einiger frauen offen hervorkehrte.

FORTSETZUNG AUF SEITE 17

GEW WOHIN ?

Im INFO 110 war ein Artikel über den Landesverband Berlin der GEW (LVB) abgedruckt. Da in ihm mit falschen Annahmen gearbeitet wird, aus deren Ergebnis sich in der Tat nur die resignative Haltung (Wahl zwischen Pest und Cholera) ableitet, ist es notwendig, die realen Auseinandersetzungen darzustellen. Aufgrund der gebotenen Kürze des Artikels ist es nicht möglich jede einzel vertretene Position innerhalb der Diskussion um die erneute Übernahme der Bundessatzung darzustellen. Es soll versucht werden, die Haupttendenzen zu beschreiben (siehe auch Päd. Extra 11)

Im Herbst 75 wurde die Bundessatzung (BS) der GEW für den LVB übernommen, der in seinem Wesensgehalt ausdrückt, daß Bundesentscheidungen verbindlich für die Landesverbände sind (ein Zustand, der sich in anderen Einzelgewerkschaften längst durchgesetzt hat, und somit auch bereits negative Erfahrungen mit der Zentralisierung vorliegen.) Zweck dieser "Reform" ist es die linken Landesverbände (LV) -hauptsächlich Hamburg, Berlin und Bayern- auf sozialdemokratischen Forderungen festzunageln. Die Drohung: Nichtübernahme bedeutet Ausschluß von LVB aus GEW und somit auch aus DGB im Nacken, wurde der Erpressung mit 2/3 Mehrheit stattgegeben, die Bundessatzung übernommen. Dagegen wurde mit dem Argument, daß die Übernahme einer Auflösung gleichkomme, für eine solche jedoch eine 3/4 Mehrheit benötigt wird, von einer Gruppe innerhalb des LVB geklagt; das Gericht gab den Klägern Recht. Die Entscheidung von Herbst 75 war damit ungültig. Die Hoffnung der Klägergruppe, daß andere LV nachziehen würden hat sich jedoch nicht bestätigt.

Erneut steht die Übernahme auf einer a.o. Vertreterversammlung an, erneut besteht die Drohung des Ausschlußes des LVB. Die Äußerungen von DGB-Boss Sickert weisen darauf hin, daß es sich um keine leere Drohung handelt.

Zu Beginn der erneuten Diskussion bestanden 3 Positionen:
a: Übernahme ohne 'wenn und aber', so wie vom Bundesvorstand gefordert wird (wurde durch SPD & SEW, die immer noch die Mehrheit der VV-Delegierten auf ihre Seite haben vertreten)

b: Beschränkte Übernahme, jedoch soll an der Autonomie bezüglich Finanzen und Organbestellung und Auflösung festgehalten werden. (Vertreter: unabhängige Linke und Sozialistisches Büro). Diese Position wird dadurch

gestärkt, daß der LV-Hamburg ebenfalls diese Einschränkung gemacht hat und somit die Gefahr, des Ausschlußes auf ein Minimum beschränkt ist. Diese Autonomie ist zwar in der bestehenden Bundessatzung noch enthalten, Äußerungen im BV weisen jedoch darauf hin, daß eine reale Gefahr der weiteren Einschränkung der Autonomie der LV besteht. Eine Aufgabe der Autonomie in der Bestellung der Gremien der GEW-Berlin würde dem BV die Eingriffsmöglichkeit in allen GEW-Gremien geben.

c: keine Übernahme (K-Gruppen und einige unabhängige Linke.) Begründung: Siehe Schluß des Artikels.

In den Diskussionen der Bezirksversammlungen mußte das Rechtskartell von SPD und SEW sehr bald erkennen, daß ihre Position nicht mit der benötigten 3/4 Mehrheit über die Bühne laufen würde, und somit waren sie gezwungen die b-Position zu übernehmen.

Zur Zeit besteht also die Wahl zwischen den Positionen b und c, die Gefahr der Auflösung von Betriebsgruppen, der Einsetzung von Vertreter u.ä. durch den Bundesvorstand ist somit erstmal gebannt.

Klar ist, und hierin stimme ich mit der Hauptaussage des Artikels in INFO 110 überein, daß die Übernahme die innergewerkschaftlichen Demokratie einschränkt, und somit eine Schlacht um die SPD-Richtungsgewerkschaft für den BV gewonnen ist - aber der Krieg noch nicht,

Genauso klar ist jedoch auch, daß die Nichtübernahme zum Ausschluß des LVB führen wurde, die Linke somit aus den Gewerkschaftskampf in und mit der GEW ausgeschlossen sein würde. Illusion ist es wenn gesagt wird, daß der Widerstand und die Unterstutzung durch andere Landesverbände bzw. andere Einzelgewerkschaften zu groß sein würde als daß sich der BV tatsächlich zu dieser Schritt durchringen würden. Vertreter von SPD und SEW haben eindeutig gesagt, daß sie sofort einen neuen vom BV abgesegneten GEW-Landesverband aufbauen würden. Die Hoffnung, daß sich viele Kollegen dem ausgeschlossenen Linken Splitterverband (klein aber fein) anschließen werden erscheint angesichts der politischen Repression im Lande und ihren Folgeerscheinungen ebenfalls als gering. Auch sind sich viele Kollegen darüber im klaren, daß ein kleiner Verband bezüglich seiner realen Kampfkraft gegen Null tendiert. Die einzige Möglichkeit bezüglich des Erfolges des Kampfes, besteht z.Zt. in der Tat nur im Verband mit dem DGB. Nur wenn es uns möglich ist am Meinungsbildungsprozeß im DGB teilzunehmen, besteht auch die Möglichkeit andere Kollegen für den Kampf um eine Klassenbewußte kampfstarke Gewerkschaft zu gewinnen, daß dieser Kampf auch gegen die Sozialpartnerschaftsideologie innerhalb des DGB's zu führen ist, durfte klar sein.

Auch der Kampf gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse kann nur in der Gewerkschaftsbewegung gewonnen werden. Ein noch so lautes Schreien von außen kann die Herren der SPD-Gewerkschaftspolitik nur amusieren, sie haben berechtigte Angst vor dem Feuer das ihnen die Kollegen in den Gewerkschaften unter ihren Bürokratenarsch machen. Werdet aktiv in den Gewerkschaften, helft mit, daß aus einem Lagerfeuer ein Flächenbrand wird.

Anmerkung des Tippers (GEW-Mitglied)

Ich sollte nur den Artikel tippen und danach noch ein Paar Fragen meinerseits stellen. Der Artikel traf mich aber an bestimmten Punkten so sehr, daß ich mich gegen die rein entfremdete Tätigkeit des Abtippens zur Wehr setze und hier einige Anmerkungen zum Artikel mache.

K-Gruppen + Spontis + radikale Demokraten

... Fortsetzung GEW- WOHIN?

Ich gehöre zur Position 'c' innerhalb der GEW. Die Begründung dieser Position wurde von dem Artikelschreiber (SB-Sympathisant) wohlweisslich nicht ausgeführt. Die Position 'c' beruht auf eine grundsätzliche Einstellung zu Politik und Moral. In der Übernahme der Bundessatzung steckt zugleich die Übernahme der Unvereinbarkeitsbeschlüße des DGB und des BV-GEW. Dies bedeutet die Säuberung der Gewerkschaften von allen "links der Moskaurichtung." Für uns stellt sich nicht die Frage "im DGB-ja oder nein," sondern die grundsätzliche Frage, "gebe ich eine grundsätzliche politische Einstellung (gegen jegliche Berufsverbot und Verbot der gewerkschaftlichen Arbeit für Linke) auf, um im DGB bei den anderen 'Kollegen' zu bleiben." Stimme ich aus taktischen Gründen für die Bundessatzung auch in der abgemilderten Form der b-Position und übernehme (stimme für) den Ausschluß bestimmte Genossen und GEW-Mitglieder oder erkläre ich mich aus grundsätzlichen Erwägungen auf der Grundlage bestimmte unverrückbare Prinzipien gegen die Übernahme und damit für den drohenden Ausschluß aus dem DGB und GEW. Obwohl die Leute der c-Position den Ausschluß aus der GEW durch den BV für nicht zwingend halten, ziehen sie es vor; als aus taktischen Gründen grundsätzliche Standpunkte aufzugeben bzw. sie zu verraten. Und deswegen die Frage an dem Artikelschreiber:

Wieso stimmt's Du für die Übernahme der Bundessatzung mit den Unvereinbarkeitsbeschlüsse? Habt Ihr im SB nicht jahrelang diese Politik bei SEW und ADSEN beobachten können? Habt Ihr nicht immer mit uns gegen den 'Verrat' von Positionen als größte Schweinerei der SEW und ADSen gewütet? Ich weiß noch selbst wie oft ich seit 1970 dargestanden bin ungläubig, was die ADSen oder SEW gerade zugestimmt hatten -wie sie sagten aus taktischen Erwägungen. DIE TAKTIK MUß AN GRUNDSATZFRAGEN ABSOLUT UND EINDEUTIG ZURÜCKGESTELLT WERDEN!

Wieso stimmt Ihr vom SB für die Paragraphen, die danach gegen Euch selbst angewandt werden? Ihr baut wirklich Eueren eigenen Grab und verratet zugleich elementare Standpunkte einer linken, undogmatischen und sozialistischen Politik. Ich begreif Euch wirklich nicht.

IMPORTANT - WICHTIG!

Mit der Ferienzeit gehen viele INFO-Macher auch in Ferien. Der Rest wird versuchen die Arbeit alleine zu schaffen. Wir werden ab sofort bis Ende August unbedingt HILFE brauchen beim Legen am Montag Abend um 17h im SZ. Seid mit uns Wenigen solidarisch und packt mit an! Das INFO wird je nach Arbeitsumfang mal erscheinen und mal nicht, also stellt Euch auf eine unregelmäßige Erscheinungsweise bis September ein!

Schöne ROTE Ferien!

INFO-BUG

PS Was haltet ihr von Eis, mitbringen!

Betr: 1 Leserbrief zu Pilgrim im INFO 111

Lieber Schwuler. Dein Brief hat unheimlich viele wichtige und richtige Punkte aufgeworfen, die erst noch bei uns miteinander diskutiert werden müssen. Wir werden noch ein Antwort bringen im INFO nur brauchen wir mehr Zeit. Gruß von 3 'verunsicherten' Männer.

Fortsetzung des "eFFe"-Briefs (S. 15)

ich flüchtete deshalb noch weiter ins privatleben, indem ich mit einigen frauen freizeitmusik machte, dies aber nicht mit dem anspruch, den kapitialismus mit einer marktreißerischen freizeitkultur zu reformieren, wie es andere unternehmerinnen jetzt wagen.
meine und unsere kritik ist besonders wichtig für die frauen in der frauenbewegung, die nicht dekadent und dumm separtistisch denken und sich weniger schizophren verhalten, weil wir uns dann mit diesen solidarisieren.
woher weißt du eigentlich (verfasser des infoartikels auf seite 17), daß lesbische einzelkämpferinnen mit lust und liebe im frauensub rumflippen? ist denn eine fluchtartige reaktion auf gesellschaftliche mißstände ein ausdruck von stärke und lustvollem leben?
in der redaktion 'radikal' wurde ich, im gegensatz zu der der lesbenpresse, sofort mit meinen persönlichen erfahrungen, die sich während der kollektiven arbeit den anderen vermittelten, akzeptiert.

Ich, der Verfasser des Artikels "Berliner Subkultur", im Info 111, S. 17, weiß um das Wohlfühlen von Frauen im 'Blocksberg' und der neuen feministischen Lesbenkneipe 'Boccaccio' durch Vermittlung von Frauen, insbesondere einer lieben Schwesterfrau, zu der ich seit drei Jahren eine Beziehung habe. Inzwischen leuchtet mir die Argumentation von Viva-Frauendruck voll ein (siehe "Radikal" Nr. 2).

Einer vom Info

az
die andere zeitung
MAGAZIN
MIT LESERN FÜR LESER
Nr. 6 Juli ist da!

EXKLUSIVSTELLUNGNAHME VON IDI A. FÜRS INFO

der hier abgedruckte text ist eine erste und somit noch unausgewogene stellungnahme von berliner genossen, aus zeitmangel war es uns nicht möglich selbst etwas dazu zu machen.
wir übernehmen die stellunghahme, auch wenn wir inhaltlich nicht voll dahinter stehen.
äußert euch mal bis nächste woche zu der sache!

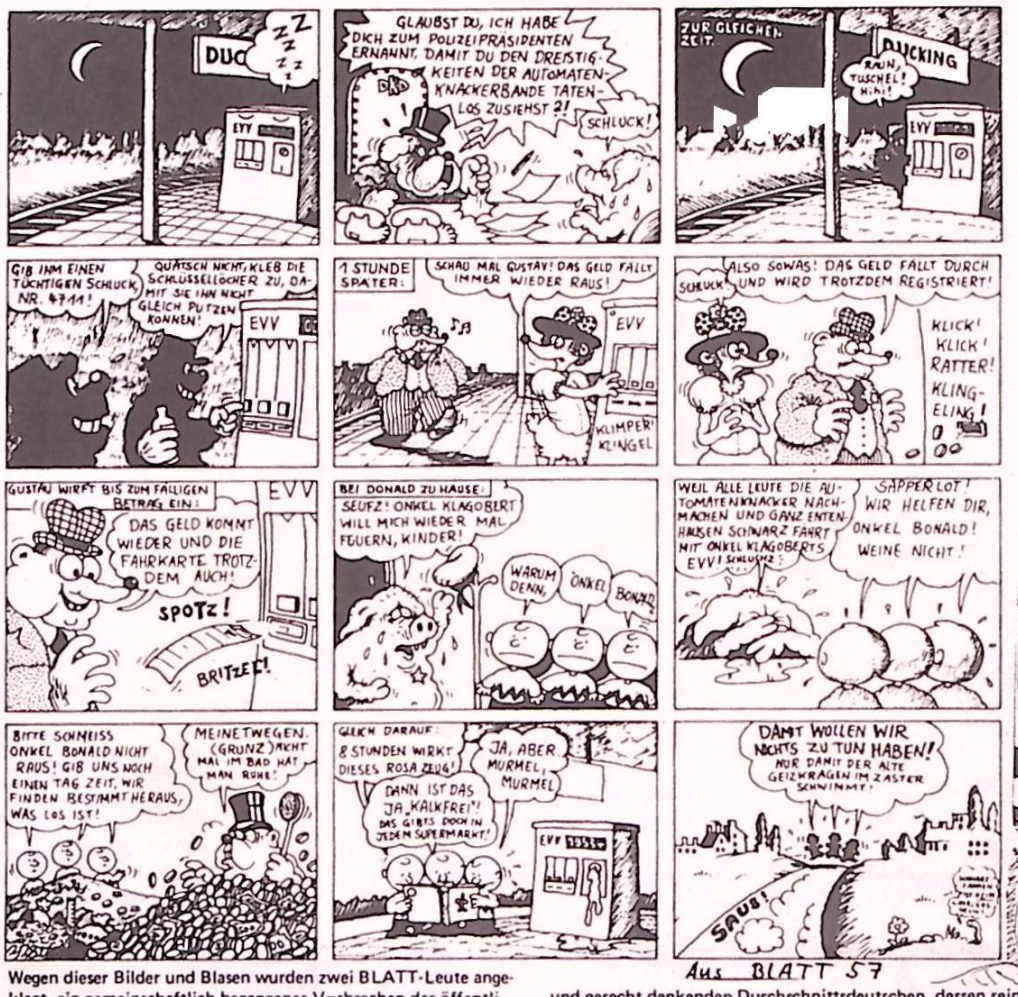
ENTEBBE:

ZIONISTEN ERMORDEN 100 UGANDISCHE MENSCHEN
entebbe- die zionisten hinterlassen ihre spur von mord und brandschatzung.
ihr verbrecherischer einfall in uganda zeigt, d.ihr interesse nicht verhandlung ist, sondern vernichtung der pälest. revolution. die verbrechen des zionismus, d.vertreibung u. unterdrückung d. pälest, volkes, d.bombenangriffe auf palest. flüchtlingslager. d.vernichtung palest. freiheitsk ämpfer in vernichtungslagern, zeigem:
menschenleben bedeuten ihen nichts. die 100 toten von entebbe demaskieren sie: sie rühmen sich ihrer tat, 100 menschen gerettet zu haben.
unser haß gegen d. zionismus ist gestiegen-
unsere entschlossenheit zu kämpfen auch!
genossen von entebbe, wir w rden euren kampf fortsetzen!

BLATT–PROZESS–KARUSSEL DREHT SICH WEITER

MÜNCHEN (ID) 9. Juni

10 000 – so hoch ist derzeit die Auflage vom BLATT – Stadtzeitung für München. Und ungefähr genauso hoch ist, in DM ausgedrückt, der Stand der gegen das BLATT verhängten Strafbefehle. Der neuste Rundschlag der Justiz bezieht sich auf einen Comic im 57. Blatt.



Aus BLATT 57

Wegen dieser Bilder und Blasen wurden zwei BLATT-Leute angeklagt, ein gemeinschaftlich begangenes Verbrechen der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten begangen zu haben (§ 111).

Daß dafür schon ein Comic ausreicht, ist etwas grundsätzlich Neues. Aus diesem Grund hat sich auch der Verteidiger, RA Montag, zu grundsätzlich neuen Strategien veranlaßt gesehen. Er weist der Staatsanwaltschaft zwingend logisch nach, „nicht alle zur Belastung des Angeschuldigten dienenden Umstände in der Anklageschrift aufgeführt zu haben", mit der Bitte um Würdigung führt er dem Amtsgericht vor, daß die kriminelle Bosheit der BLATT-Leute das vom Staatsanwalt vermutete Ausmaß bei weitem übersteigt! Es heißt dort:

„ Bei der Frage, ob durch die Bildergeschichte zu strafbaren Handlungen aufgefordert wird, hat die Staatsanwaltschaft die bildliche Darstellung der Täter außer acht gelasse. Offensichtlich handelt es sich um Mitglieder einer der bekanntesten kriminellen Vereinigung der Welt, der Panzerknackerbande (in der Bildergeschichte fälschlicherweise Automatenknacker).

Dies hätte den federführenden Herren der Staatsanwaltschaft aus ihrer eigenen Kinderzeit und der Lektüre der brüchtigten Donald Duck - Bildergeschichte des anderweitig posthum zu verfolgenden DISNEY, Walt bekannt sein müssen. Die Panzerknackerbande hat sich bekanntlich zusammengetan, um den allseits beliebten und geachteten Unternehmer DUCK, Dagobert einer absolut staatserhaltenden Figur, sein Eigentum zu stehlen. Eine Vereinigung aber, deren Ziele oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, nennt das Strafgesetz „kriminelle Vereinigung" (§ 129 StGB). Schon aus der Abbildung von Mitgliedern der Panzerknackerbande läßt sich somit schlagend nachweisen, daß zu einer strafbaren Handlung aufgefordert worden ist."

Weiter hält RA Montag dem Staatsanwalt vor, daß ihm „der verbrecherisch triebhafte Blick und die rechtsfeindlich blinkenden Zähne" der abgebildeten Straftäter nicht aufgefallen sind.

„ Weiterhin ist zweifelsohne der strafbare Charakter der gezeichneten Tat aus den Bildern 3 und 4 erkennbar, welche jedoch nicht isoliert, sondern nur im Zusammenhang mit dem Bild 5 gesehen werden können. Bei Dunkelheit und Sichelmond schleichen sich die kriminell Vereinigten an den Ort des Vergehens, wobei sie „raun, tuschel, hihi!" von sich geben. Gerade die Worte „raun, tuschel" deuten auf die Absicht der Panzerknacker hin, unerkannt bleiben zu wollen und etwas vor dem gestrengen Auge des Gesetzes zu verheimlichen, während sich in den Worten „hihi" die Rechtsfeindschaft der Delinquenten zeigt, die damit unseren Rechtsstaat verhöhnen wollen. Demgegenüber zeigt Bild 5 einen sich bei Tageslicht auf dem Bahnsteig befindenden, rechtschaffenden, billig und gerecht denkenden Durchschnittsdeutschen, dessen reines Gewissen durch die vor seiner Nase angebrachten 3 Musiknoten dokumentiert wird, wobei die aus der gesamten Figur sprechende unbeschwerte Gesetzestreue, auf Rechtsfrieden bedachte Fröhlichkeit durch die aufwärts strebende Melodie der beiden Sechzehntelnoten noch unterstrichen wird. In der Gegenüberstellung des Zitat „hihi" und der beiden Sechzehntelnoten, dem Unterschied zwischen Tag und Nacht, dem Sichelmond, den um die Ecke lugenden Gestalten, den Handschuhen der Panzerknacker auf Bild 4 und der Ganovensprache derselben „quatsch nicht" auf Bild 4 wird die Absicht des angeschuldigten Blatt-Redakteurs deutlich, tatsächlich eine Aufforderung zu einer strafbaren Handlung gezeichnet, bzw. diese Zeichnung veröffentlicht zu haben.

Das Tatbestandsmerkmal der Aufforderung

Auch bei der Prüfung des Tatbestandsmerkmales der Aufforderung ist der Staatsanwaltschaft das schlagenste Argument entgangen. Den Beweis, daß es den Angeschuldigten darauf ankam, Leser der Zeitschrift BLATT Nr. 57 zu veranlassen, Automaten des Münchener Verkehrsverbundes auf die gleiche Art zu beschädigen, zeigt eindeutig eine vergleichende Betrachtung des braven, rechtstreuen, billig und gerecht denkenden Durchschnittsdeutschen Gustav auf den Bildern 5, 6 und 7. Während das Gesicht auf dem Bild 5 noch die satte Selbstzufriedenheit eines Menschen ausdrückt, der den um sich ausgebreiteten Rechtsfrieden genießt, wird Gustav auf Bild 6 mit dem Vergehen konfrontiert, um dann auf Bild 7 die Reaktion zu zeigen, die die Angeschuldigten sich für ihre Adressaten wünschten: reine Freude.

Unterstützung einer kriminellen Vereinigung

§ 129 StGB stellt unter Strafe, für eine kriminelle Vereinigung zu werben oder sie zu unterstützen. Nachdem sich die Panzerknackerbande, wie allgemein bekannt ist, allein zu dem Zwecke zusammengeschlossen hat, Vergehen und Verbrechen gegen den achtbaren Bürger und Unternehmer Dagobert Duck zu begehen, sind sie zweifelsohne eine kriminelle Vereinigung i.S. des § 129 StGB.

Hieran ändert nichts, daß, wie oben ausgeführt, Interpol und dem Bundeskriminalamt von der Existenz dieser kriminellen Vereinigung nocht nichts Zuverlässiges bekannt ist.

Verunglimpfung des Staates nach § 90a StGB

Auf den Bildern 2, 8 und 9 ist ein Schwein abgebildet, welches auf Bild 8 einen Sheriffstern trägt und auf Bild 2 von einer anderen Person als Polizeipräsident angesprochen wird. Im Zusammenhang damit, daß die Bildergeschichte auf Vorgänge in München bezug nimmt, kann es sich bei dem abgebildeten Schwein nur um den Münchener Polizeipräsidenten Schreiber handeln. Die Figur auf Bild 2, identisch mit der Figur auf Bild 10, stellt einen Vertreter der Schicht der Unternehmer dar, wie aus der Tatsache auf Bild 10 abzulesen ist, wo diejenige Figur in Geld schwimmt. Diese Figur äußert sich auf Bild 2 folgendermaßen: „Glaubst Du, ich habe Dich zum Polizeipräsidenten ernannt, damit Du den Dreistigkeiten der Automatenknackerbande tatenlos zusiehst? " Worauf Polizeipräsident Schreiber erwidert: „Schluck!"

Die Angeschuldigten geben damit ihre Auffassung kund, daß der Polizeipräsident Schreiber von den Unternehmern eingesetzt sei, diese ihn jederzeit kündigen und entlassen können und daß der Münchener Polizeipräsident nicht nach Gesetz und Recht, sondern nach Anweisungen der Unternehmer handelt. Er wird als von den Unternehmern abhängig dargestellt, wie seine Bemerkungen „Schluck" „Seufz!" und „Schluchz!" zeigen. In der Person des Polizeipräsidenten wird gleichfalls die gesamte Polizei als ein Teil der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland so dargestellt, als ob diese auf das Kommando der Unternehmer hören würde. Dadurch wird die Bundesrepublik Deutschland selbst verächtlich gemacht, denn sie wird als mit einem so nachteiligen Mangel behaftet und auf dermaßen unsittlichen Grundsätzen aufgebaut hingestellt, daß sie, würde diese Unwahrheit zutreffen, der Achtung ihrer Bürger unwert erscheinen müßte (BGHSt 3,346). Die Angeschuldigten haben diese Behauptung aufgestellt, obwohl sie aus ihrem Staatskundeunterricht wissen, daß diese Behauptungen nicht stimmen; sie haben böswillig behandelt."

Gegen die Eröffnung der Hauptverhandlung auf Grund der vorliegenden Anklageschrift erhabt RA Montag Einwendungen, „da sie von der Staatsanwaltschaft nicht ernst gemeint sein kann."

Hinsichtlich der anderen von der Verteidigung neu eingebrachten Straftatbestände wird dieselbe „Einwendungen erheben, sobald die Staatsanwaltschaft sie formell unter Anklage gestellt hat."

Anzeigen

die BIW (bürgerinitiative westtangente) hat ein schwarz-buch zur berliner stadtplanung, speziell autobahnen, herausgebracht. das gibts für 7 mark in den buchläden und ist sehr gut.
!! AUF DASS BERLIN NICHT ZUR AUTOBAHN WIRD!

&&&

TERMINE:

Dienstag

USTA-programmkommission 18.oo h in der ESG 1-12, carmerstr.11

kino:
bali: "der aufrechte gang" um 19.3o und 21.45h
tali: "angst haben und angst machen" um 19 h
und "der aufrechte gang" um 21.15 h
rradio:
15.3o h "krank durch zivisation" rais II
tv:
19.3o h "flucht nach nevada"(WEstern 1948) zdf
2o.15 h "hauptsache, der schornstein raucht"(industrieansiedlungspolitik und gegenwehr)
21.oo h "die nacht, als die marsmenschen amerika angriffen" (film über den jungen o.welles)

Mittwoch

libanan-veranstaltung der palästin.ablehnungsfront und des KB, es spielt eine kurdische musikgruppe, um 19.oo h im gesellschaftshaus neukölln, kalle-marx-str.131

literaten an der wand - ausstellung über die münchener räterepublik - mittwochs eintritt frei - in der akademie der künste, hanseatenweg (u-bahn hansaplatz)
kino:
s.di
radio:
16.00 "krank druch zivilisation - depressionen" rias II
tivi:
2o.15 h "Pesthauch des dschungels" im III.
— FRAUENFEST FU — Siehe S.19

Donnerstag

USTA-kommission für die polit.aktivitäten im WS (hoffentlich viele !!!) um 18 h in der ESG, 1-12, carmerstr.11
kino:
s.di
radio:
16.00 h "krank durch zivilisation - herzinfarkt" rias II
tv:
17.oo h "komik,kintopp und klamotte" ddr I
1o.25 h "truxa"(dt.film 1936)ard
21.15 h "die mutter"(schaubühne)

Freitag

INFO-artikel müssen bis 19 h im SZ sein (post oder rumbringen)
kino: s.di
tv:
18.2o h "väter der klamotte" zdf

Samstag

große spectrum-fete ab 20 h

kino: s.di
tv:
2o.oo h "das abenteuer" ddr II
2o.15 h "rosen für den Staatsanwalt" ard
21.45 h "die dritte dimansion" ddr I
23.o5 h "schwarze liste" (film über die mccarthy-ära) III.
23.o5 h "zeugin der anklage" zdf

Sonntag

INFO-lay-out ab 17 h (tippen, auf bögen kleben, comics dazu malen usw.)

männergruppen-treff um 15 h in der "röstkartoffel", 1-62, naumannstr.3

kino:s.di
radio:
2o.o5 h "wir um zwanzig" sfb I
tv:
17.45 h "unter den straßen von san francisco-bürger für besseren nahverkehr" ard
21.oo h "sos - eisberg" (dt.film 1932)III.
21.o5 h "weitere aussichten" (von f.x.kroetz) ddr II
21.15 h "der beunruhigende tod von julius und ethel rosenberg" ddr I

Montag

INFO - legen ab 17 h im SZ

tv:
21.45 h "guerilla"" ard

Die Männergruppenzeitung "Hammobild" kommt doch erst nächste Woche !!?

SIEG IM BLATTKRIEG

ODER : - WIE SICH DAS BLATT WENDET -

68. BLATT ****

Am Tag nach Erscheinen des 68. Blattes – am 15.4.76 – wurde es durch Beschluß des Amtsgerichts München beschlagnahmt. Als Grund dafür gab Richter Zeilinger eine Zeichnung im Anzeigenteil des Blattes an, die eine Person zeigt, die einen Gegenstand wirft – nach Meinung des Richters einen "Molotow-Cocktail" – daneben steht der Ausspruch "Right on". In dieser Zeichnung und dem Spruch wurde die **Aufforderung gesehen, "dem bezeichneten Beispiel nachzueifern", d.h. Brandstiftung zu begehen. Strafbar nach § 111, 308 StGB.**
Gegen den Redakteur Wolfgang Stoye wurde gleichzeitig wegen der gleichen Vorwürfe ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.
Nachdem die Polizei in einer groß angelegten Aktion zunächst bei vielen Kiosken und Geschäften das ganze Blatt mitnahm, stellte sich heraus, daß es nach dem Beschluß des Richters möglich war, die Beschlagnahme des ganzen Blattes durch Herausreissen der einen Seite abzuwenden. Bezeichnenderweise hatte man weder den betroffenen Blattredakteuren noch den Verkäufern eine Kopie des Beschlußes gezeigt oder ausgehändigt.
Gegen den Beschluß wurde am 11.5.76 durch die Rechtsanwälte Arnold und Wolff Beschwerde eingelegt. Die Anwälte stellten fest, daß durch die Zeichnung nicht zu einer bestimmten Straftat aufgefordert wurde, da überhaupt nicht klar ist, ob der angebliche Molotow-Cocktail auf Gebäude oder ins Wasser, einen Sandhaufen oder einen Abfallkübel geworfen werden soll.
Mit gleicher Begründung hätte die Staatsanwaltschaft gleich eine Aufforderung zum Mord oder Totschlag sehen können, da sog. Molotow-Cocktails bekanntlich auch gegen Personen eingesetzt werden. Aber solche Spekulationen können und dürfen nicht Gegenstand einer strafrechtlichen Würdigung sein, meinten die Anwälte, die Beschlagnahme sei daher rechtswidrig.

Bei Fertigstellung dieser Dokumentation erreichte die Blatt-Redaktion die Mitteilung, daß die Beschlagnahme von Blatt 68 durch Beschluß des Landgerichtes aufgehoben wurde. In Übereinstimmung mit der Beschwerdebegründung der Anwälte führten die Richter Dr. Mayer, Ulrich und Dr. Reichold aus, daß es in keiner Weise erkennbar sei, wohin die Brandflasche fliege oder geschleudert werde. Die Annahme, daß eine Brandstiftung begangen werden solle, sei eine "reine Spekulation". Außerdem hätten die Worte "Right on" nur zustimmenden, nicht aber auffordernden Charakter.
Sehr ausführlich setzte sich das Landgericht mit der Körperhaltung des Werfers auseinander und kam zu dem Ergebnis, daß der Molotow-Cocktail garnicht von der Figur geworfen sein kann, da "allenfalls ein Linkshänder nach dem Wurf die abgebildete Körperhaltung " einnehmen könnte. Dagegen wiederum spreche aber die Haltung der Beine der abgebildeten Person.

Eine immerhin erfreuliche Entscheidung, zeigt sie doch, daß noch nicht jede Absurdität der Staatsanwälte die Zustimmung der höheren Gerichte findet.

INHALT

fu-ph 2/ usta 3/ uni vv 4/ wahlergebnisse 5/ 2oo jahre usa 5/ spektrum fete 6/ todesstrafe in irland 7/ wgi-libanon 8/ brief vom roten konrad-sfe,zbw 9/ heiße schokolade 11/ gedicht 11/ besuch in tvind 12/ männerzentrum 13/ volksblatt 14/ radikal 15, "effe"-antwortet 15/ gew 16/ zionismus 17/ blatt-prozeß 18/ anzeigen 19/ termine 2o.